

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Imbricit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **M. 1,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Das „sittliche“ und „christliche“ Zentrum.	337	Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung und die Frauen I. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Aus Schweden. — Von den amerikanischen Gewerkschaften.	316
Gesetzgebung und Verwaltung. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung I.	340	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen in Deutschland. — Aus Schweden.	351
Statistik und Volkswirtschaft. Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im ersten Quartal 1906. — Erhebungen über die Heimarbeit.	342	Literarisches	352

Das „sittliche“ und „christliche“ Zentrum.

Das Zentrum ist Regierungspartei — seine Regierungsfähigkeit sucht es dadurch zu beweisen, die Wünsche der Regierung, wenn auch nicht immer in der Form, so doch in der Sache zu befriedigen. Ein solches Streben kann natürlich nur erfolgreich sein durch Preisgabe von Grundsätzen. Um die Massen hierüber hinwegzutäuschen, sucht sich das Zentrum durch allgemeine nichtsfagende Redensarten aus der Klemme zu ziehen; entweder die Führer dieser Partei beschuldigen ihre Gegner der Uebertreibung oder sie versuchen das arbeiter- und volksfeindliche Treiben der Zentrumsparthei durch einen sogenannten „Patriotismus“ zu rechtfertigen.

Um das „große“ Werk der Reichsfinanzreform nicht scheitern zu lassen, sei es eben notwendig gewesen, einen Kompromiß mit der Regierung und anderen Parteien abzuschließen.

Mit einer geradezu staunenswerten Leichtfertigkeit setzten sich mit solchen armseligen Gründen die Mehrheitsparteien im Reichstage über selbst in ihren Kreisen geltend gemachte schwere Bedenken gegen die Erhöhung der Brausteuer, die Einführung der Zigarettensteuer und des Fahrkartenstempels hinweg. Bei der Zigarettensteuer kommen nicht nur die Interessen der Arbeiter als Konsumenten, sondern auch die der in der Industrie Beschäftigten als Produzenten in erheblichem Maße in Betracht.

Jede Industrie hat ein Recht zu beanspruchen, daß ihre Entwicklungsfähigkeit durch die Reichsgesetzgebung nicht geradezu gefährdet wird; vor allem können aber die Arbeiter einer Industrie beanspruchen, daß ihnen ihre Existenzmöglichkeit von Reich wegen nicht beschränkt oder gar völlig vernichtet werde.

Bei dem Zigarettensteuergesetz haben die Mehrheitsparteien nun weder Rücksicht auf die Industrie, noch auf die in derselben beschäftigten 15 000 Arbeiter genommen.

Mit brutaler Rücksichtslosigkeit ist ein Gesetz geschaffen worden, welches die ganzen Verhältnisse der Industrie geradezu auf den Kopf stellt. Die Regierung schlug vor, eine Zigarettenpapiersteuer einzuführen; dieses System lehnte die Kommission ab und schuf nun aus eigener Initiative ein völlig neues Steuergesetz — die Vanderolesteuer. Die Vertreter der Vereine der Zigarettenfabrikanten wehrten sich gegen die Einführung dieses neuen Steuerstems mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln; sie erklärten sich sogar bereit, der Regierung den verlangten Steuerertrag — 19 Millionen Mark — in anderer Weise, durch eine Erhöhung des Eingangszolles auf Zigaretten tabake zu gewähren. Alles vergebens — das Zentrum hatte nun einmal hinter den Kulissen mit der Regierung, den Nationalliberalen und Konservativen seinen Kompromiß geschlossen, und obgleich die Herren vom Zentrum, nachdem sie durch Sachverständige hinreichend über die Wirkungen des Vanderole-Steuerstems informiert worden waren, selbst in der Kommission die schwersten Bedenken gegen diese Art der Besteuerung vortrugen, blieben sie doch bis zum letzten Augenblick taub gegenüber den Bitten der Industriellen, den Protesten der Arbeiter und Händler. Das eben ist der Fluch der bösen Tat, des Abschlusses eines Kompromisses unter Preisgabe von Grundsätzen, daß eine solcherart handelnde Partei, dann schließlich auch gegen ihre bessere Einsicht dem einmal abgeschlossenen Pakt bis zum Ende treu bleiben muß. Vom Standpunkt der Volksmoral aus gibt es keinen Entschuldigungsgrund für eine solche Handlung. Gerade das Zigarettensteuergesetz gefährdet die Moral in vielerlei Beziehungen.

Zunächst fördert es geradezu die Defraudation, den Betrug.

ständen seitens der Streifenden auf eine Verhandlung mit den Ahdern verzichtet werden. Dies um so mehr, als der sechswöchige Ausstand vollauf genügte, um in den Seeleuten das Klassenbewußtsein zu stärken und ihnen glühenden Haß gegen das brutale Unternehmertum der deutschen Schiffahrt einzutropfen, so daß die Organisation hierdurch eine sowohl moralische als materielle Stärkung erfuhr. Nahezu 4000 Mitglieder sind dem Seemannsverbande durch die scharfe Haltung der Ahdern gewonnen worden; es sind dies 4000 neue Kämpfer, mit denen bei einem zweiten Konflikt die Ahdern wohl oder übel rechnen müssen.

Schweiz. Die Arbeiter der Chokoladenfabrik Tobler u. Co. in Bern sind ausständig geworden, weil ihnen ein Akkordlohnssystem aufgezwungen werden sollte, das sie mit aller Entschiedenheit ablehnen mußten. Dies um so mehr, als die Arbeiter dieser Firma schon ohnehin rechtlos waren; das Koalitionsrecht wurde ihnen verweigert; selbst Kollektivbeiträge an die Firma, in denen die Wünsche der Arbeiter dargelegt waren, wurden abgewiesen. So blieb nur der Weg des Ausstandes, den die Arbeiter jetzt betreten haben, um sich die Anerkennung ihres Koalitionsrechts und ihrer Forderungen zu erringen. Da die Arbeiter aus obigem Umstände bisher unorganisiert waren, so sind sie bestrebt, durch Sammlungen ihren Kampf erfolgreich durchzuführen. — Die Firma sucht Streikbrecher in Deutschland, so daß vor Zuzug, insbesondere von Plätzen der deutschen Chokoladenfabrikation aus, dringend zu warnen ist.

Aus Unternehmerkreisen.

Ein Schutzverband im Steindruckgewerbe.

Das Unternehmertum des Steindruckgewerbes hat am 31. März die Gründung eines „Schutzverbandes“ in Angriff genommen. Zugelassen werden nur solche Unternehmer, die eine Summe von 3000 Mk. hinterlegen können. Das Eintrittsgeld ist auf 2 Mk. pro gelernten Arbeiter und 1,50 Mk. pro Hülfсарbeiter und Arbeiterin, die im betreffenden Betriebe beschäftigt werden, festgesetzt. Die wöchentlichen Beiträge betragen dementsprechend 20 und 10 Pf. pro Arbeiter. Die Unternehmer werden verpflichtet, in ihre Geschäftsbücher Einsicht nehmen zu lassen, damit sie angehalten werden, so redlich als möglich miteinander zu handeln. Eine Streikunterstützung gewährt der Schutzverband nicht; dagegen werden Darlehen gewährt.

Aufgabe des Schutzverbandes soll es sein, das Vermögen von 300 000 Mk. des Geneselderbundes (Arbeiterorganisation) möglichst bald klein zu machen, welches durch Probozierung von möglichst großen Arbeitseinstellungen erreicht werden soll. Man denkt sich die Sache so, daß dorthin, wo nicht gestreift wird, Streikarbeit gegeben werden soll, damit auch hier die Arbeiter zum Streik greifen, so daß die Kassen bald geleert werden! Trauen tun sich die Herren allerdings nicht so recht. Sie haben daher eine Konventionalstrafe von 300 Mk. pro beschäftigten Lithographen und Steinrunder und 150 Mk. pro Hülfсарbeiterin für die Innehaltung ihrer Beschlüsse, die Befolgung ihres Programms festgesetzt.

Die Arbeiter des Lithographie- und Steinruckgewerbes werden den Herren beweisen, was echte Solidarität ohne Kaution und Konventionalstrafe zu leisten vermag!

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat April bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Handl.-Geh. für das Jahr 1905					
640,80	Mk.				
" "	Zigarrensort.	" "	3. Qu.	"	262,80
" "	Glafer	" "	3. Qu.	"	163,32
" "	Zivilmusiker	f. d. 3. u. 4. Qu.	05	"	48,88
" "	Schuhmacher	" " 3. 4. "	05	"	1936,72
" "	Schneider	" " 3. 4. "	05	"	1857,—
" "	Textilarbeiter für das	4. "	05	"	2566,70
" "	Buchdruckerei-				
" "	Hülfсарbeiter	" " 1. "	06	"	280,—
" "	Formstecher	" " 1. "	06	"	21,44
" "	Barbiere	" " 1. "	06	"	30,—
" "	Schiffszimmerer f. d.	1. "	06	"	131,—
Berlin, den 9. Mai 1906. Herm. Rube.					

Rembrandt-Jubiläum.

Das Amsterdamer Comité für die Rembrandt-Feier erjucht uns, den Vorständen der deutschen Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle mitzuteilen, daß die bis zum 1. Juni ergangenen Bestellungen auf Rembrandt-Mappen bereits in den ersten Junitagen ausgeführt werden. Der Preis beträgt 1,70 Mk. pro Mappe ausschließlich Porto und Verpackung. Da sich letzteres bei Bezug bis zu 20 Exemplaren auf 1,00 Mk. stellt, so ist dringend zu empfehlen, die Bestellungen gemeinsam aufzugeben. Der obige Vorzugspreis gilt nur für die Bestellungen gewerkschaftlicher Organisationen, die durch Vereinstempel als solche kenntlich gemacht werden.

Nachbestellungen, die bis zum 1. Juli d. J. eingehen, werden ebenfalls noch vor der Rembrandt-Feier (15. Juli) ausgeführt.

Die Redaktionen der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse, welche eine Besprechung der Kunstausgabe veröffentlichten, werden dringend gebeten, eine Belegnummer an das unterzeichnete Comité einzusenden.

Alle Bestellungen und Einsendungen wolle man adressieren an **J. W. Gerhard, Amsterdam, s'Gravensandeplein 25.**

Gewerkschaftskartell von Hamburg-Altona. Anlässlich unseres bevorstehenden Umzuges nach dem „Gewerkschaftshause“ offerieren wir zwecks Räumung das 576 Seiten starke Buch:

„Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890“
postfrei gegen Einsendung von 70 Pf.

Die Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells.
Hamburg, Gänsemarkt 35 II.

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Frankfurt a. M.	Schneider, Karl, Angestellter des Maurerverbandes.
Hamburg:	Schubert, Ernst, Angestellter des Kürschnerverbandes.
Leipzig:	Sebold, Bernhard, Expedient.
Stuttgart:	Grimm, Karl, Angestellter des Maurerverbandes.
Rixdorf:	Müntner, Fritz, Angestellter des Sattlerverbandes.

besten ahnten, beweist der Antrag der Mehrheitsparteien zur dritten Lesung auf Ermäßigung der Steuerfäße für die mittleren und besseren Sorten. Das Plenum des Reichstages beschloß dem Antrage gemäß. Was wird jetzt die Wirkung sein?

Die Väter der Steuer behaupten, jetzt sei jede Gefahr für die Verdrängung der Handarbeit durch Maschinen ausgeschlossen. Das könnte nur dann der Fall sein, wenn Fabrikanten und Zwischenhändler sich entschließen würden, den Steuerbetrag gemeinsam und allein zu tragen. Kein Zweifel, daß sie dazu imstande wären bei dem nicht geringen Gewinn, der bisher in der Zigarettenbranche erzielt wurde. Aber — leider dürfte auch hier wieder eintreten, was 1879 nach der Tabakzollerhöhung geschah. Die Fabrikanten werden die Situation zu einer allgemeinen Lohnrückerei auszunutzen suchen und sich darauf stützen, daß sie durch die Konkurrenz dazu gezwungen sind. Charakteristisch für mich waren in dieser Beziehung die Aeußerungen zweier Fabrikanten bezüglich der Entwicklung der Dinge nach der Einführung der Steuer. Ein Großfabrikant erklärte mir, er werde größere, leistungsfähigere Maschinen einführen, ein Kleinfabrikant, er werde die Fabrikarbeit durch Heimarbeit ersetzen.

Beides würde für die Arbeiter der Industrie gleich verhängnisvoll sein. Das erstere würde bewirken, daß ein Teil der bisherigen Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt wird; größere, leistungsfähigere Maschinen kosten viel Geld, das Anlagekapital soll verzinst werden; das wird nur dann der Fall sein, wenn die Maschinen voll beschäftigt sind. Die 1 Pf.- und 1½ Pf.-Zigaretten sind bisher schon fast ausschließlich mit Maschinen gemacht worden, werden für die Folge auch die 2 Pf.-Zigaretten durch Maschinen angefertigt, so würden, da es sich hierbei um 20 Proz. der Gesamtproduktion handelt, dadurch 3000 Arbeiter brotlos gemacht werden.

Nehmen wir jedoch an, die Anfertigung von 2 Pf.-Zigaretten durch Maschinen würden nur teilweise, nur in der Großindustrie, eintreten, die Kleinfabrikanten dagegen würden statt in der Fabrik in der Heimindustrie ihre 2 Pf.-Zigaretten machen lassen, so bedeutet das zum mindesten eine Lohnherabsetzung von 50 Pf. pro Mille, welche jetzt schon weniger für Heimarbeit als für Fabrikarbeit gezahlt werden. Ohne der Schwarzmalerei bezichtigt zu werden, läßt sich also schon heute bestimmt erklären, **der größere Teil der Arbeiter, welche bisher in der Fabrik die 2 Pf.-Zigaretten mit der Hand anfertigten, wird, um die 2 M. 50 Pf. Vandalensteuer zu beden, durch die Einführung von Maschinen brotlos werden, der übrige Teil wird um mindestens 50 Pf. im Lohn herabgedrückt werden.** Ich befürchte aus mancherlei Gründen, die Wirkung der Zigarettensteuer wird schlimmer sein, als ich hier angenommen habe.

Arbeitslosigkeit, Lohnreduktion, Vermehrung der Heimarbeit, das sind die Wirkungen der „sozialen“ und „gerechten“ Zigarettensteuer für die Arbeiter. Weder besondere fachmännische Kenntnisse, noch ein hohes Maß von Wissen gehört dazu, um klar die arbeiter-schädigende Wirkung des beschlossenen Gesetzes zu erkennen.

Die Mehrheitsparteien — und in erster Linie ist dafür das Zentrum als die ausschlaggebende Partei verantwortlich — haben aber die Anträge der sozialdemokratischen Partei auf Entschädigung der Arbeitslosen und ein Verbot der Heimarbeit abgelehnt und da-

mit befundet, daß ihnen das Wohl der Arbeiter bei ihrer Gesetzesmacherei völlig gleichgültig ist.

Speziell das Zentrum wurde auf die weiteren Konsequenzen aufmerksam gemacht. Bei der Zigarettenindustrie handelt es sich hauptsächlich um Arbeiterinnen; bei der Ueberfüllung aller gewerblichen Berufe, in welchen weibliche Arbeiter tätig sind, liegt die Gefahr nahe, daß ein Teil der brotlos werdenden Arbeiterinnen der Prostitution in die Arme getrieben werden.

Völlig wirkungslose Argumente für die Herren vom Zentrum; das „christliche“ und „sittliche“ Zentrum stimmte trotzdem für die Steuer und gegen die zum Schutze der Arbeiterinnen gestellten sozialdemokratischen Anträge.

Es handelt sich in diesem Falle um keine große Industrie mit Hunderttausenden von Arbeitern; das aber darf für eine politische Partei kein Grund sein, die Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten.

Welch rückständige Anschauungen bezüglich des Arbeiterinteressenstandpunktes noch im Zentrum obwalten, zeigte sich namentlich bei Beratung des Antrages über das Verbot der Heimarbeit in der Zigarettenindustrie bei Einführung der Steuer. Die Zigarettenindustrie hat sich erst in der jüngsten Vergangenheit entwickelt; alte fränkliche Familienväter, die schwer in Fabriken Unterkunft finden würden, kommen bei einem Verbot der Heimarbeit in der Zigarettenindustrie nicht in Frage. Auch hat die Heimarbeit in der Zigarettenindustrie noch nicht die Ausdehnung wie in der Zigarrenindustrie. Ein Verbot der Heimarbeit für die Zigarettenarbeiter würde mithin keinelei Härten für einzelne Arbeiter mit sich bringen, wohl aber würden die gesamten Arbeiter der Industrie durch das Verbot von Lohnrückereien und der Einbürgerung all der bekannten schädlichen Wirkungen der Heimarbeit in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung bewahrt bleiben.

Das Zentrum aber lehnte kategorisch den sozialdemokratischen Antrag ab und zwar zeigt uns die Begründung der Ablehnung, wie wenig vom Zentrum zur Beseitigung der Schäden der Heimindustrie in Zukunft zu erwarten ist. Es würde zu weit führen, wollten wir hier auf den Lobgesang, welchen die Zentrumsredner der Heimarbeit sangen, ausführlich eingehen — nur auf eins müssen wir hinweisen, weil es für die Zentrumsparthei zu charakteristisch ist. Nach dem stenographischen Bericht über die 95. Sitzung des Reichstages vom Sonnabend, den 5. Mai, erklärte der Zentrumsredner Dr. Jäger, seine politischen Freunde legten großen Wert darauf, daß die Heimarbeit möglichst geschont und erhalten bleibe; sie sei der Fabrikarbeit vorzuziehen — „denn diese“, sagte wörtlich Dr. Jäger, „nimmt dem Menschen vielfach das Individuelle, sie uniformiert zu sehr. Allerdings eine gewisse Richtung auch in diesem Hause wünscht vielleicht gerade deswegen das Verbot der Heimarbeit, damit ihre Arbeiterbataillone mehr sich sammeln sollen, während wir das teilweise für einen Grund halten, die Heimarbeit zu erhalten.“ Die verbündeten Regierungen, meinte weiter Dr. Jäger, hätten ein großes Interesse daran, „diese an sich konservative Arbeitsform zu schützen und sie nicht unnötigerweise zu zerstören“. Erhaltung der konservativen Arbeitsform der Heimarbeit, damit der Zusammenschluß, die Organisation der Arbeiterbataillone, verhindert wird! Diese nicht allein von Herrn Dr. Jäger im Plenum, sondern auch von einem anderen Zentrumsredner in der

Die Zahl der Personen, welche beim Handel von Zigaretten beteiligt ist, ist eine ganz enorme. In Zigarren- und Kolonialwarenhandlungen, als auch in Gastwirtschaften — überall werden Zigaretten verkauft. Das bedeutet, daß über eine halbe Million Geschäfte der Kontrolle unterstellt werden müssen. Da man, um nicht von vornherein einen Sturm der Entrüstung zu entfachen, dem Bundesrat es überlassen hat, den Einzelverkauf wie bisher zu gestatten, mithin aus Schachteln verkauft werden kann, bei denen ein Nachfüllen mit nicht versteuerten Zigaretten im Kleinhandel unschwer möglich ist, hat man der Defraudation Tor und Tür geöffnet. Die Kontroll- und Strafbestimmungen sind allerdings geradezu ungeheuerlich; auf Geldstrafen bis zu 400 000 Mk. auf Gefängnis bis zu 3 Jahren kann erkannt werden und bei der Schneidigkeit, namentlich unserer preußischen Beamten, können wir schon davon überzeugt sein, daß rücksichtslos die Existenz manches armen Teufels, der den Steuerfiskus um einige Mark betrogen hat, vernichtet werden wird — aber auch die forschste Schneidigkeit wird schließlich vor der Unmöglichkeit, einen tadellos funktionierenden Kontrollapparat über so viele Personen schaffen zu können, kapitulieren müssen.

Man vergesse nicht, die Zigarettenfabrikanten haben die Absicht, die Händler den größten Teil der Steuer zahlen zu lassen; viele Händler werden es nun aber gar nicht verstehen können, daß gerade sie aus ihrer Tasche fortgesetzt so hohe Beträge für des Reiches „Glanz und Herrlichkeit“ zahlen sollen und deshalb gar nichts schlimmes darin sehen, sich eventuell um die Steuer, soweit es irgend geht, herum zu drücken.

Gesetze, die derart eine große Zahl Staatsbürger in moralische Gewissenskonflikte hineinzwingen, sind von vornherein verwerflich und sollten vor allem von einer Partei abgelehnt werden, die, wie das Zentrum die Welt glauben machen möchte, daß sie alle Moral in Erbpacht übernommen habe.

Das Vanderole-Steuerhystem haben die Mehrheitsparteien als ein soziales, als ein gerechtes bezeichnet, entsprechend dem höheren Kleinverkaufspreis soll auch die Steuer eine höhere sein. Diese scheinbare Gerechtigkeit aber ist der Fluch des ganzen Systems.

Wider Willen mußten dies auch die Gesetzesmacher selbst zugeben, indem sie die in der 2. Lesung beschlossene hohe Staffel bei den teureren Sorten selbst wieder über Bord warfen und dafür die billigen Sorten höher belasteten. Bei der ersten Staffelung von 1 Mk. bei den 1 Pf.-Zigaretten bis 10 Mk. pro Mille bei den 4 und 5 Pf.-Zigaretten wäre nämlich durch die Steuer jeder Qualitätsunterschied bei den verschiedenen Sorten unmöglich gemacht worden; der höhere Betrag, welcher von den Fabrikanten bisher bei den teureren Sorten für bessere Tabake und bessere Arbeit verwandt wurde, sollte jetzt dem Steuerfiskus geopfert werden. Da die Mehrheitsparteien den „Patriotismus“ der besser Situierten doch nicht so hoch einschätzten, daß diese etwa aus Begeisterung für die Flotte jede Zigarette mit 2 Pf. über den wirklichen Wert bezahlen würden, so ließ man das soziale Mäntelchen fallen und belastete die 1 Pf.-Zigarette statt mit 1 Mk. mit 1,50 Mk. Steuer, während man bei den 4 und 5 Pf.-Zigaretten die Steuer von 10 Mk. auf 5 Mk. ermäßigte — man nimmt also jetzt aus „Ge-

rechtigkeit“ von den armen Leuten, die 1 Pf.-Zigaretten rauchen, 15 Proz. Steuer, während die besser Situierten, die 5 Pf. pro Zigarette zahlen können, nur 10 Proz. Steuer zu entrichten brauchen.

Aber, der Kleinverkaufspreis wird doch nicht erhöht, sagen die Vanderolefreunde; die 1 Pf.-Zigarette bleibt doch im Handel — gewiß, aber fragt nur nicht wie —, statt aus gutem türkischen Tabak werden die 1 Pf.-Zigaretten für die Folge aus schlechtem deutschen Tabak hergestellt werden.

Der Zentrumsman Dr. Jäger war sehr stolz auf diese Wirkung, er pries sie als eine nationale Tat, da dadurch der deutsche Tabakbau gefördert werde. Sonderbarer Patriotismus das — aus anderer Leute Taschen auf Kosten der Vermissten im Volke die nationale Produktion eines Rohstoffes steigern zu wollen. Für die bisherige Qualität der 1 Pf.-Zigarette wird der Raucher im Handel für die Folge 1½ Pf., für die 1½ Pf.-Zigarette 2 Pf. usw. zahlen müssen — in Wirklichkeit werden also die Arbeiter prozentuell noch weit höher belegt, als dies in den Steuersätzen zum Ausdruck kommt; der Arbeiter zahlt de facto 50 Proz. mehr, der Begüterte 10 Proz., — hoch lebe die „soziale Gerechtigkeit“ des „nationalen“ Steuerblocks der Reichstagsmehrheit!

Doch nun zur Hauptsache, zu der Wirkung der Steuer auf die Arbeiter als Produzenten. Bei der zuerst beschlossenen Staffel würden die Fabrikanten direkt gezwungen werden — vielleicht abzüglich von 10 Proz. der Produktion in den höheren Preislagen —, die Zigaretten statt mit der Hand mit der Maschine machen zu lassen.

Am Arbeitslohn für die Handarbeit in der Fabrik wird 2,20 bis 3,50 Mk. pro Mille bezahlt, bei der Maschinenarbeit betragen die Kosten für Arbeitslohn 9 bis 10 Pf. pro Mille. Wie bei jeder Neueinführung einer Fabriksteuer werden die Fabrikanten und Zwischenhändler sich dagegen wehren, die Steuer aus ihrer Tasche zu zahlen; die Konsumenten kann man, da die Steuer von dem Kleinverkaufspreis bezahlt wird, nur dadurch belasten, indem man ihnen für den bisherigen Preis eine schlechtere Qualität gibt; da aber zu einer Mille Zigaretten nur ein geringes Quantum — 1,1 Kilo im Durchschnitt — Tabak gehört, ist durch Verarbeitung minderwertigen Tabaks die Steuer auch nicht herauszuholen, es bleibt mithin als letztes Objekt für die Deckung der Steuer einzig und allein der Arbeitslohn übrig.

Wenn nun aber bei den mittleren und besseren Sorten nach der ersten Staffel — 2,50 Mk., 4 Mk., 6 Mk., 10 Mk. Steuer bezahlt werden sollte, so muß bei jedem logisch Denkenden sofort klar sein, daß die Fabrikanten den bisherigen Lohn für Handarbeit überhaupt weiter zu zahlen gar nicht imstande gewesen wären, daß mithin die Handarbeit durch die Maschinenarbeit vollständig hätte ersetzt werden müssen. Das bedeutete für die Arbeiter einen Verlust an Arbeitslohn von über 6 Millionen Mark, die Vernichtung der Existenz von zirka 8000 Arbeitern.

Die Zentrumsredner bestritten diese Wirkung, ohne jedoch imstande zu sein, den sachlichen Beweis für diese Tatsache auch nur mit einem Wort entkräften zu können. Daß sie aber in ihrem Innern die verderbliche Tendenz der Steuersätze — wenn auch nicht klar — erkannten, dazu reichten ihre sachmännischen Kenntnisse nicht aus, aber doch zum min-

mit diesen Leistungen der Unternehmer nicht zu prunken.

Ein weiteres Kapitel des deutschen Abschnittes ist der Erörterung des Sparzwanges und den Versuchen seiner Verwirklichung gewidmet. Hier ist allerdings das deutsche Unternehmertum auf seinem ureigensten Gebiete: die Arbeiter, besonders die minderjährigen, durch Lohninbehaltungen zu zwingen, für die Zeit der Arbeitslosigkeit ein Sparguthaben in der Hand des Arbeitgebers anzulegen, das ist nicht bloß ein „sozialpolitisches Verdienst“ in den Augen der Arbeiterwohlfahrts-Bureaufratie, — das ist sogar ein ganz rentables Geschäft, das selbst Großindustrielle nicht verschmähen. Vor allem gefällt ihnen der Sparzwang deshalb, weil er das Prinzip der eigenen Verantwortung des Arbeiters für alle Folgen der Arbeitslosigkeit am unverhülltesten zur Geltung bringt und die Lasten der letzteren völlig auf den Arbeiter abwälzt. Darin spiegelt sich die kapitalistische Auffassung des Arbeitslosigkeitsproblems ungetrübt wieder. Freilich ist die Mehrzahl der Arbeiter von dieser Auffassung weit entfernt; sie erblickt vielmehr in der Arbeitslosigkeit die Folge eines Wirtschaftssystems, an welchem das Unternehmertum das meiste Interesse hat, und eine wesentliche Entlastung der Unternehmer selbst, weshalb sie es als ungerecht erachtet, für diese Folge aus eigenen Mitteln aufzukommen. Die Arbeiter lehnen deshalb konsequent den Sparzwang ab und suchen sich seiner Wirkung um so mehr zu entziehen, als sie in diesen Zwang eine ungehörige Bevormundung, in der erzwungenen Lohninbehaltung sogar eine direkte Nötigung erblicken. Um der Arbeiterschaft ein solch häßliches System wohlgefälliger zu machen, muß das Unternehmertum sich in der Regel zur Einführung sogenannter Sparprämien verstehen, die meist dazu dienen, die Verwaltung der Sparguthaben völlig in die Hände des Arbeitgebers zu spielen und die Abhängigkeit der Arbeiter zu verstärken. Mit der Arbeitslosenversicherung haben auch die seitens zahlreicher Großindustrieller eingeführten Zwangssparfassen nichts gemein, denn diese fesseln den Arbeiter an einen gewissen Betrieb mit allen seinen regelmäßigen und zufälligen Unterbrechungen, und behindern den Arbeiter in seiner Arbeitswahl, während die Arbeitslosenversicherung darauf basieren muß, den Arbeiter von einem einzelnen Unternehmen unabhängig zu machen und ihm die Verwertung seiner Arbeitskraft zu erleichtern.

Das ganze Kapitel der unternehmerlichen Arbeitslosenfürsorge beweist, daß von Arbeitgeberseite eine wirksame Arbeitslosenversicherung niemals zu erwarten ist. In anderen Ländern erspart sich das Unternehmertum in der Regel auch den durchaus fruchtlosen Versuch, den Arbeitern diesen Glauben beizubringen. Nur in Deutschland gedeiht jene verlogene Heuchelei der „Arbeiterfürsorge“, geleitet von dem Bestreben, die Arbeiterschaft von ihren Organisationen zu isolieren und von jeder selbständigen Vertretung ihrer Interessen abzulenken. Eine offene gesellschaftliche Anerkennung der Koalitionsfreiheit, ein staatlicher Schutz gegen willkürliche Koalitionsverbote würde sicher dieser Sorte von Arbeiterfürsorge in kürzester Frist den Boden entziehen.

Im weiteren nimmt der amtliche Bericht Stellung zu den Vorschlägen der Arbeiterschaft und der Wissenschaft für den Ausbau der Arbeitslosenversicherung. Die Resolution von Elms, die der Stuttgarter Gewerkschaftskongreß zum Beschluß erhoben, die vorhergehenden Vorschläge unseres Correspondenzblattes (s. Ja. 1902, Nr. 18—20) und die

Vorschläge von Buschmann, die eine Organisation der Arbeitslosenversicherung an die Berufsverbände befürworten, werden eingehend, auch kritisch erörtert. Wir werden auf diese kritischen Einwände noch im weiteren zurückkommen. Es folgen dann die Vorschläge der Dr. Freund und Tischendorfer, die eine Anlehnung der Organisation an die Krankenkassen empfahlen, ferner die Vorschläge von Herkner, Bacher und Buschmann, die die Arbeitslosenversicherung mit den Unfallberufsgenossenschaften verknüpfen wollten, sowie der Vorschlag Moltenbuhrs betreffend Verbindung mit der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung. Auch die Projekte von Dr. Freund, J. Junc und D. Scheig, die Arbeitslosenversicherung auf der Basis der Arbeitsvermittlung aufzubauen, werden eingehend wiedergegeben. Den Schluß dieser Revue bilden die Vorschläge Sonnemanns, betreffend kommunale Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit kommunalem Arbeitsnachweis, und Berndts auf Errichtung einer fakultativen Reichs-Arbeitslosenkasse.

Das Statistische Amt teilt im Schlußwort seines ersten Berichtsbandes mit, daß es selbst keine eigenen Vorschläge zu machen, sondern sich auf die vorher skizzierte Darstellung der bestehenden Einrichtungen und Vorschläge zu beschränken habe. Als Ergebnis dieser Darstellung stellt es fest, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch die Versicherung, sondern nur durch vorbeugende Maßnahmen allgemeinen Charakters (Regelung der Produktion, allgemeine Wirtschaftspolitik, Regelung der Fachbildung und des Lehrlingswesens) sowie durch Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung bekämpft werden könne, während die Versicherung nur die Sicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit biete. Wenn auch die versicherungstechnischen Schwierigkeiten, mit denen diese Versicherung zu rechnen habe, keine unüberwindlichen seien, so sei es dagegen außerordentlich schwierig, den Begriff der zur Unterstützung berechtigenden Arbeitslosigkeit festzustellen und zu begrenzen und die Arbeitslosen zuverlässig zu kontrollieren. Die öffentliche obligatorische Versicherung habe zu befriedigenden Ergebnissen nicht geführt. Auch die Vorschläge fakultativer Einführung können erfahrungsgemäß nur mit dem kleinsten Teil der Arbeiter rechnen. Als Mittelweg komme das in Belgien eingeführte, in Frankreich vom Staat übernommene System von öffentlichen Zuschüssen zu den Unterstützungseinrichtungen der Arbeiterverbände und sonstigen Organisationen in Betracht. Es zeige sich aber, daß die Prozentziffer der organisierten Arbeiter verhältnismäßig gering sei, so daß der größte Teil der Arbeiter bei dieser Versicherung nicht berücksichtigt werde. Einen Ausgleich schaffe die in Belgien übliche Gewährung von Zuschüssen zu Spareinlagen, sowie die in Dänemark und Norwegen beschrittenen Wege, über die ein abschließendes Urteil noch nicht möglich sei.

Als gelungen wird hinsichtlich der meisten Länder die Selbsthilfe ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel durch gewerkschaftliche Organisationen und in Anlehnung an die Konsumvereine bezeichnet. Indes erkennen die Arbeiter diese Lösung nicht als die normale Form der Sicherstellung an, weil sie dadurch zu Unrecht belastet würden für eine Folgeerscheinung der herrschenden Wirtschaftsordnung, deren Kosten vielmehr von der Gesamtheit zu tragen seien. Es dürfe dabei aber nicht übersehen werden, daß dieser Gesichtspunkt nicht bloß für die Handarbeiter, sondern für alle unselbständigen Personen zutreffen würde und in Konsequenz zu einer Versicherung aller unselbständigen Personen führen müßte. Einige seien

Kommission vertretene Auffassung verdient festgenagelt zu werden, weil sie uns wieder einmal den innersten Herzenswunsch des Zentrums offenbart. Die „Sammlung der Arbeiterbataillone“ war dem Zentrum seit jeher ein Dorn im Auge; das Zentrum gründete katholische Gesellenvereine und christliche Gewerksvereine, um mit diesen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu zersplittern. Das Zentrum will die Heimarbeit erhalten, weil durch dieselbe die Arbeiter von ihrer Gewerkschaft abgehalten werden. Die Heimarbeit mit ihrer langen, geisttötenden Arbeitszeit vernichtet mit der Zeit jedes Solidaritätsgefühl der Arbeiter, sie macht den denkenden Menschen zu einem blöden, stumpfsinnigen Geschöpf, welches ohne jegliches Interesse für seine Berufskollegen und das Allgemeinwohl in dem Treitmühlengang monotoner, nur durch eine kurze Nachtruhe unterbrochener Arbeit dahin vegetiert ohne irgend welche höheren geistigen Interessen — die Herren vom Zentrum wissen das — und sind gerade deshalb für Erhaltung der Heimarbeit. Die Arbeiterfeindschaft des Zentrums konnte besser nicht illustriert werden, als durch dieses Zugeständnis.

Keine Entschädigung für die arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen — selbst auf die Gefahr hin, daß sie in die Arme der Prostitution getrieben werden — kein Verbot der Heimarbeit, weil diese die Arbeiter von der gewerkschaftlichen Organisation fernhält — die Arbeiter in den katholischen Distrikten Deutschlands haben alle Ursache, sich die bei der Beratung des Zigarettensteuergesetzes offenbarten wahren Grundsätze des Zentrums zu merken. **Christentum und Sittlichkeit sind für die Herren vom Zentrum nur die Maske, hinter welcher sie ihr wahres, arbeiterfeindliches Gesicht, ihre kapitaldiennerische Herzneigung zu verbergen suchen.** Die katholischen Arbeiter im allgemeinen und die christlichen Gewerksvereine im besonderen sollten auch aus den hier angeführten Tatsachen wieder einmal erkennen lernen, wie notwendig der vom Zentrum nicht gewollte Zusammenschluß der Arbeiterbataillone auf neutraler Grundlage ist und eine solche Interessentkoalition der Arbeiter in jedem Beruf ohne Rücksicht auf Religionsunterschiede und Parteizugehörigkeit baldigst herbeizuführen bestrebt sein.

A. v. Elm.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung.

I.

Eine amtliche Denkschrift über die bestehenden Einrichtungen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit hat das Kaiserlich Statistische Amt im Auftrage der Reichsregierung herausgegeben. Nachdem der deutsche Reichstag am 31. Januar 1902 durch eine Resolution die verbündeten Regierungen um die Einsetzung einer Kommission ersucht hatte, die die von Berufsvereinen, Unternehmern und Gemeinden geschaffenen Versicherungseinrichtungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Arbeiterversicherung zu machen habe, beschloß der Bundesrat am 30. Oktober 1902, anstatt der Prüfung durch eine Kommission eine Feststellung der vorhandenen Versicherungseinrichtungen durch das Statistische Amt zu veranlassen, von Vorschlägen betreffend eine gesetzliche Lösung dieses Problems aber abzusehen. Die Arbeiten des Statistischen Amtes begannen am 10. November 1903 und hatten als Er-

gebnis eine umfangreiche Materialsammlung, die in der nunmehr veröffentlichten, aus drei starken Bänden bestehenden Denkschrift vorliegt.

Die Denkschrift behandelt in ihrem ersten Teil die bestehenden Einrichtungen und Vorschläge zur Arbeitslosenversicherung im In- und Auslande, deren Ergebnisse in nicht immer einwandsfreier Weise kritisch beleuchtet werden. Ausgehend von der Darstellung des auf den Umfang der vorhandenen Arbeitslosigkeit bezüglichen statistischen und Enquetematerials, werden aus den verschiedenen Ländern die Versicherungs- und Unterstützungseinrichtungen der Arbeiterorganisationen, sowie sonstiger Arbeitercorporationen geschildert, woran sich die Wiedergabe der kommunalen Bestrebungen und Einrichtungen auf diesem Gebiete, sowie der Versicherungs- und Wohlfahrtskassen gemeinnütziger Vereine anreicht. Die Gewährung öffentlicher Zuschüsse an Arbeiterorganisationen bildet ein besonderes bei mehreren Ländern wiederkehrendes Kapitel, das sich hinsichtlich der deutschen Verhältnisse freilich noch erst auf die Stadt München beschränkt. Von Einrichtungen der Unternehmerverbände zur Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit ist nur im deutschen Abschnitte etwas zusammengetragen, und was hier als Material zur „Arbeitslosenversicherung“ der Öffentlichkeit unterbreitet wird, ist mehr als eigenartig, so daß es Wunder nehmen muß, daß ein amtlicher Bericht, der immerhin den Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden, derartiges auch nur „der Vollständigkeit wegen“ in seine Materialsammlung aufnehmen konnte. Fabrikassen, wie diejenigen von Lang-Mannheim, Seyl-Worms und Mohr-Wahrenfeld können als Versicherungseinrichtungen gar nicht ernsthaft in Betracht kommen. Sie sind nichts anderes als der Versuch, den Arbeitern über das Aussetzen der Arbeit hinwegzuhelfen und der Betriebsleitung das Freisetzen von Arbeitskräften zu erleichtern. Zum Teil wird diese Abwälzung des Risikos der Betriebsunterbrechungen sogar auf Kosten der Arbeiter herbeigeführt. Die Firma Lang-Mannheim speist ihre Arbeitslosenkasse durch Ueberweisung der von Rechts wegen den Arbeitern gebührenden Ueberstundenvergütungen, ohne die Arbeiter an der Leistung dieser Kasse zu beteiligen. Wie die amtliche Zusammenstellung hierin einfach ein „Geschenk“ an die Arbeiter erblicken kann, bleibt unerfindlich. Die Firma Mohr-Wahrenfeld erhebt von ihren Arbeitern Beiträge von 10 und 5 Pf. pro Woche für männliche bzw. weibliche Mitglieder durch Lohnabzug und beansprucht im Vorstand der Kasse 2 von 5 Personen und stellt noch dazu die für die Kasse notwendigen Verwaltungskräfte. Bei der Firma Seyl-Worms handelt es sich lediglich um ein für Arbeitsaussetzen gewährtes Bartegeld, das mit Arbeitslosenversicherung, wie der amtliche Bericht selbst zugeben muß, nicht das Geringste zu tun hat. Endlich hat sogar die ominöse Arbeitswilligenkasse der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten Aufnahme in der amtlichen Materialsammlung gefunden, obwohl das Statistische Amt sich nicht bloß über den Mangel jeglichen Versicherungscharakters dieser Einrichtung klar ist, sondern selbst lebhaften Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit ihrer Grundlage Ausdruck geben muß. Weshalb aber, muß man fragen, werden solche zweifelhafte Einrichtungen, die mit dem wirklichen Problem der Arbeitslosenversicherung nichts zu tun haben, so eingehend beschrieben? Soll der Anschein erweckt werden, daß auch das Unternehmertum auf diesem Gebiete nicht untätig gewesen sei? Da wäre es sicher angebrachter gewesen,

Die letztere hat in den meisten Industrien auch über den 1. März hinaus angehalten und weist auch heute noch keinen merklichen Nachlaß auf, da zahlreiche Bestellungen aufgenommen wurden, die erst nach Monaten alle erledigt werden können. Erst die zweite Jahreshälfte wird das Gleichgewicht der Verhältnisse erwarten lassen, das für statistische Vergleiche von solcher Tragweite notwendig ist.

Weiterhin nimmt das Statistische Amt zu den Mängeln der gegenwärtigen Erhebungsmethode Stellung, die darin hervortreten, daß die organisatorischen Einrichtungen der berichtenden Verbände und Vereine es nicht ermöglichen, die volle Ziffer aller Arbeitslosen festzustellen, da ein größerer Teil der Nichtunterstützten der Aufnahme entgeht. Das Statistische Amt hofft, im Verein mit den beteiligten Verbänden diese Fehlerquelle in ihrer Bedeutung zu verringern.

Wenden wir uns nun den Ergebnissen selbst zu. Am 31. März 1906 waren in den 60 berichtenden Organisationen mit 1 221 908 Mitgliedern 11 233 am Ort und 1420 auf Reise arbeitslos, zusammen also 12 653, gleich 1,1 Proz. Gegenüber den früheren Quartalen stellt sich dieses Ergebnis erheblich günstiger, wie die folgende Uebersicht zeigt. Danach waren arbeitslos in Prozenten am Schluffes des

	1903	1904	1905	1906
1. Quartals	—	2,0	1,6	1,1
2. "	3,2	2,1	1,5	—
3. "	2,3	1,8	1,4	—
4. "	2,6	2,4	1,8	—

Zweifellos war dieser Prozentsatz der niedrigste während der ganzen dreijährigen Beobachtungsperiode. Die Arbeitslosigkeit war also geringer als in jedem der früheren Quartalswechsel. Daß diese Ziffer einen Rückschlag infolge der veränderten Zollverhältnisse nicht erkennen läßt, kann nicht befremden, da ein so rascher Rückschlag kaum zu erwarten sein konnte.

An der günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes nehmen aber nicht alle Organisationen teil. Bei den Friseuren und Bildhauern sind die Prozentziffern im Vergleich zum gleichen Termin des Vorjahres höhere. Im allgemeinen jedoch ist die Zahl der Verbände mit hohen Arbeitslosigkeitsziffern zurückgegangen. Mehr wie 3 Proz. Arbeitslose hatten am 31. Dezember 1905: 15, am 31. März 1906: 10 Organisationen.

Die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit während des ganzen ersten Quartals 1906 beträgt 72 183, gleich 6,4 Proz. Hier ergibt sich ein wesentlich anderes Bild, wie die folgende Zusammenstellung zeigt. Es waren arbeitslos am Ort und auf Reise während des

	1903	1904	1905	1906
1. Quartals	—	7,9	8,6	6,4
2. "	8,6	7,9	7,0	—
3. "	8,2	7,4	7,2	—
4. "	7,8	8,6	6,3	—

Das letzte Quartal weist also eine kleine Verschiebung zuungunsten auf. Von den einzelnen Verbänden wurden namentlich die Tapezierer, Kupferschmiede, Glaser, Bäcker, Konditoren, Holzarbeiter, Böttcher, Bergolder und Mühlenarbeiter von dieser Verschlechterung der Verhältnisse betroffen.

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer aller beteiligten Organisationen beträgt 16,4 Tage. Auch hier weist das Berichts-Quartal gegenüber seinem Vorgänger eine geringe Steigerung auf, wie fol-

gende Beobachtungsreihe wiedergibt. Die Durchschnittsdauer der Unterstützung betrug in Tagen im:

	1903	1904	1905	1906
1. Quartal	—	19,2	17,5	16,4
2. "	19,6	16,7	16,5	—
3. "	19,1	16,6	17,2	—
4. "	17,0	17,5	15,4	—

Ein Vergleich zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeitsziffer und der Unterstützungsdauer zeigt, daß beide im allgemeinen in der gleichen Richtung sich bewegen. Jeder Senkung der ersteren folgt eine solche des letzteren Durchschnittes. Bei der im „Reichsarbeitsblatt“ gegebenen vergleichenden Uebersicht über die einzelnen Verbände treten allerdings erkennbare Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeitshöhe und -Dauer weniger hervor, und die höchsten Ziffern der Fälle sind keineswegs immer von den höchsten Dauerziffern begleitet.

Betrachtet man an der Hand der bisher veröffentlichten Ergebnisse das Berufsrisiko der einzelnen Verbände, so ergibt sich, daß sowohl im jüngsten Quartal als in den beiden ersten Beobachtungsjahren das größte Risiko (15 und mehr Prozent Arbeitslosigkeitsfälle) die Bäcker, Bildhauer und Photographen, das nächstgrößte (10 bis 15 Proz.) die Buchbinder, Konditoren, Mühlenarbeiter, Gutarbeiter und Buchdrucker aufweisen, während in beiden Beobachtungsreihen den günstigsten Stand (unter 5 Proz.) die Töpfer, Porzellanarbeiter, Glasarbeiter, Schuhmacher, Lederarbeiter, Tischler und Kaufleute verzeichnen.

Die Höhe der Ausgaben für Unterstützung ist im Vergleich mit dem Vorjahre trotz der bedeutenden Steigerung der Mitgliederzahlen (im 1. Quartal 1905: 769 290, im 1. Quartal 1906 bei den gleichen Verbänden: 979 721) erheblich zurückgegangen. Insgesamt wurden verausgabt für Ortsunterstützung an 485 854 Tagen 611 030,15 Mk. und für Reiseunterstützung 96 460,01 Mk. Gegenüber dem 4. Quartal 1905 dagegen weist diese Ausgabe eine starke Steigerung auf, bedingt durch die Zunahme der Unterstützungsdauer. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Unterstützten 17,49 Mk., und zwar 20,66 Mk. für örtliche und 8,86 Mk. für Reiseunterstützung.

Vergleichen wir die Aufwendungen der einzelnen Organisationsgruppen, so ergibt sich folgendes Bild. Unsere Centralverbände verzeichnen bei 972 935 Mitgliedern am Schluffe des Quartals 10 474 Arbeitslose und im ganzen Quartal 68 176 Arbeitslosigkeitsfälle. Sie unterstützten 27 834 Personen am Ort an 451 179 Tagen mit 579 830 Mk. und 10 364 Personen auf Reise mit 94 056 Mk., insgesamt also 38 198 Personen mit 673 886 Mk. (im Durchschnitt pro Unterstützter 17,64 Mk., pro Mitglied 0,69 Mk.). Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine sind mit 113 698 Mitgliedern an der Statistik und mit 711 Arbeitslosen am Quartalschluffe, sowie 2242 Arbeitslosigkeitsfällen während des Quartals beteiligt. Sie unterstützten 1296 Arbeitslose am Ort an 27 973 Tagen mit 23 461 Mk. und 422 Reisende mit 1988 Mk., zusammen 1718 Personen mit 25 449 Mk. (im Durchschnitt 14,81 Mk. pro Unterstützter und 0,22 Mk. pro Mitglied).

Die christlichen Organisationen sind mit 108 053 Mitgliedern, 134 arbeitslosen Personen am Quartalschluffe und 407 Arbeitslosigkeitsfällen im Quartal vertreten. Sie zahlten an 207 örtlich Arbeitslose für 3191 Tage 3186 Mk. und an 59 Reisende 175 Mk. Unterstützung, zusammen an 266 Per-

alle Vorschläge und praktischen Erfahrungen darin, daß für jede Form der Arbeitslosenversicherung das Vorhandensein und die Vervollkommnung der Arbeitsvermittlung von wesentlicher Bedeutung sei.

Der Darstellung der Entwicklung der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung in Deutschland, sowie der privaten Arbeitsnachweise ist der zweite Band der amtlichen Denkschrift gewidmet. Der Schlussband enthält die dem ersten Band als Anlagen beigegebenen Texte der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Statuten der Organisationen, sowie statistische Materialien, die die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenversicherung beleuchten.

In einer Reihe weiterer Artikel werden wir uns mit dem ebenso umfangreichen wie schätzenswerten amtlichen Erhebungswerk eingehender befassen.

Statistik und Volkswirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im ersten Quartal 1906.

Als neue Mitarbeiter an der Arbeitslosigkeitsstatistik hat das Statistische Amt nunmehr auch die christlichen Gewerkschaften herangezogen. Ob die Einrichtungen dieser Organisationen schon ausreichend gefestigt sind, um den Ansprüchen einer solchen Statistik zu genügen, darf bezweifelt werden. Die Beteiligung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes (Sitz Duisburg) geschah mit solcher Uebereilung, daß die Filialen dieser Organisation erst in Mitte des Quartals informiert werden und daher nur einen Teil des Materials einsenden konnten. Die Angaben des christlichen Bundes der Fleischergehilfen können auf Zuverlässigkeit ebensowenig Anspruch erheben, denn daß diese Organisation einem reisenden Mitgliede für 4 Tage 40 Mk. Unterstützung ausbezahlt, wie das „Reichsarbeitsblatt“ berichten muß, dürfte nirgends Glauben finden, da dieselbe das Reisegeld nach Kilometern (2 Pf.) zahlt. Auch die Angabe des christlichen Verbandes für das graphische Gewerbe, wonach ein weibliches Mitglied für 6 Tage 12,60 Mk. Ortsunterstützung erhalten habe, muß berechtigte Zweifel erwecken, da sonst die Ortsunterstützung dieses Verbandes nur zwischen 0,50 und 1,50 Mk. pro Tag schwankt. Daß endlich die Angaben des Verbandes katholischer Arbeitervereine, von dessen 87 000 fiktiven Mitgliedern sich nur 4844 an der Berichterstattung beteiligten, überhaupt nicht in den Rahmen dieser Statistik gehören, haben wir schon mehrfach feststellen müssen. Nicht nur fehlt diesem Verbands der abgeschlossene fachliche Charakter völlig, sondern auch seine Arbeitslosenunterstützung verdient kaum noch diesen Namen. In der vorliegenden Quartalsstatistik werden als Ausgabe an Ortsunterstützung für 1977 Tage 402,19 Mk. verzeichnet, im Durchschnitt also 37 Pf. pro Tag. Daß eine solche primitive Unterstützung keinerlei Beobachtungsmaterial ergibt, das für die Zwecke der amtlichen Statistik auch nur halbwegs geeignet wäre, muß jeder erfahrene Sachkenner zugeben. Das müßten auch die Herren vom Statistischen Amt längst eingesehen haben, ohne daß die Kritik nötig hätte, ihre Aufmerksamkeit wiederholt auf diesen Mißgriff zu lenken. Almosenorganisationen dürfen nicht auf die gleiche Stufe mit unseren Gewerkschaften gestellt werden, deren Einrichtungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung als vorbildlich für eine reichsgesetzliche Lösung der Arbeitslosigkeitsversicherung anerkannt sind. Die Gewerkschaften haben allen Grund, sich gegen eine solche dauernde Reichsleistung entschieden zu wehren. Völlig depla-

ziert ist es aber, wenn das „Reichsarbeitsblatt“ diese „Auch-Arbeiterorganisationen“ sogar unseren Verbänden voranstellt und damit eine für jegliches Verständnis unbegreifliche Rangordnung einführt. Nach rein sachlichen Gesichtspunkten dürfte eine solche Gruppierung kaum erfolgt sein.

Diese Neuerwerbungen gereichen also der amtlichen Statistik nicht zum Vorteil. Im Gegenteil sind ihre Angaben nur mit großer Vorsicht zu benutzen. Wir haben diese vier Organisationen deshalb in unserer Uebersicht als besondere Gruppe: „Christliche Organisationen“ verzeichnet. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß von den christlichen Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen, die Textilarbeiter, Holzarbeiter und Schuh- und Lederarbeiter der Statistik noch fernstehen. Wahrscheinlich besteht auch bei diesen Organisationen dieser Unterstützungs Zweig nur mehr dem Namen nach, sonst würden sich dieselben bei ihrem Drange nach Parität und Anerkennung längst der Berichterstattung angeschlossen haben.

Die letztere umfaßt gegenwärtig 64 Organisationen mit nahezu 1¼ Millionen Mitgliedern, wobei allerdings der Verband katholischer Arbeitervereine mit seinen nebelhaften 87 000 Mitgliedern eingerechnet ist. Davon zählen 37 Organisationen mit 972 935 Mitglieder zu den unserer Generalkommission angeschlossenen Centralverbänden; sie stellen also ¾ aller an der Statistik angeschlossenen Mitglieder. Die vorliegende Quartalsstatistik berichtet über 1 221 908 Mitglieder, das sind 139 654 mehr, als an der Statistik des vierten Quartals 1905 beteiligt waren. Der Zuwachs beruht nur zum kleinsten Teile auf den Mitgliederzahlen der neuangeschlossenen Organisationen; er ist vielmehr in erster Linie auf das starke Wachstum der früher angeschlossenen und vorwiegend unserer Verbände zurückzuführen, die ein Mehr von 107 422 aufweisen. Hat doch allein der Metallarbeiterverband ein Mehr von 25 680, der Fabrikarbeiterverband ein solches von 32 626, der Holzarbeiterverband ein solches von 6518, der Handels- und Transportarbeiterverband ein solches von 4361 zu verzeichnen. Auch die 14 346 Mitglieder des Tabakarbeiterverbandes, die in der Aufrechnung der vorigen Statistik wegen verspäteter Berichterstattung nicht enthalten waren, fallen diesmal ins Gewicht. Auch diesmal ist nur ein Bruchteil der Mitglieder dieses Verbandes an der Erhebung beteiligt. Abnahmen der Mitgliederzahl weisen neben den letzteren die Bergarbeiter, Kupferschmiede, Konditoren, Glaser und Formstecher auf, die meisten allerdings nur in geringfügigem Maße. Einen zuverlässigen Rückschluß auf die Organisationsentwicklung gestatten diese in aller Eile zusammengesetzten Mitgliederzahlen sowieso nicht.

Das Statistische Amt schickt der Mitteilung der neuesten Ergebnisse voraus, daß die neueste Erhebung ein besonderes wirtschaftliches Interesse bietet, insofern sie die erste nach der Einführung des neuen Zolltarifes sei. Wir glauben kaum, daß die Wirkungen des am 1. März d. J. in Kraft getretenen Zolltarifes schon in der vorliegenden Statistik zutage treten konnten, und möchten umsomehr vor allzu eifrigen Schlüssen nach dieser Richtung warnen, als die Ergebnisse des lektvorangegangenen Quartals ebensowenig als normale zu betrachten waren. Sowohl im 4. Quartal 1905 als auch überwiegend im 1. Quartal 1906 stand die deutsche Produktion unter dem Einflusse der zollpolitischen Veränderungen, die eine erhöhte Anspannung aller Kräfte bewirkten.

arbeiten erfolgten. Mit dem Zuge **11 Uhr 20 Minuten vormittags** reisten die Kommissionsmitglieder wieder ab."

Man sieht, Geschwindigkeit ist keine Hexerei! Um 1/2 10 Uhr vormittags beginnt die Sitzung. Nach einer Stunde und 50 Minuten sind die Herren bereits auf der Bahn; sie haben in der kurzen Zeit „eingehende Informationen“ von zahlreichen Industriellen usw. erhalten, „eingehende Besprechungen“ sogar gepflogen und außerdem noch einige Arbeitsräume von „Heimstättenarbeitern“ besichtigt. Das ist ja allerlei. Neu ist das Tempo in den höheren Kreisen Deutschlands freilich nicht: Man orientiert sich im Galopp, redet im Automobiltempo, aber das sozialpolitische Handeln ist noch nicht über den Schneckengang hinausgekommen.

Immerhin, sollte wirklich diese Reise der Regierungsräte nach Frankenberg und Zwischenstationen die Ausföhrung des ersten Gedankens, den Graf P o s a d o w s k y als eine notwendige Folge der Heimarbeit ausstellung in Berlin bezeichnete, nämlich einer Enquete über die Heimarbeit zu veranstalten, bedeuten? Wir meinen, daß, was die Herren Regierungsräte in Frankenberg an eingehenden Informationen von den Fabrikanten erhalten haben, das hätten sie ebenso gut auf schriftlichem Wege aus den Kontoren der Industriellen erhalten können. Ihre Reise nach Frankenberg kann also kaum anders aufzufassen sein, als daß sie damit ihre Anwesenheit dort markieren wollten, gewissermaßen also eine Parade aufföhrten.

Monatelang haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands in Verbindung mit den Heimarbeitern mühsam das überwältigende Material gesammelt, das auf der Berliner Heimarbeit ausstellung die grausamen Existenzverhältnisse der Heimarbeiter an die Öffentlichkeit brachte. Die Regierungsräte aber bedürfen nur eines Zusammenseins mit den Fabrikanten von einer Stunde 50 Minuten, um sich über die „einschlagenden Verhältnisse“ zu orientieren. Das ist eine Verhöhnung der ersten Bemühungen der Arbeiter, Licht in die Schlupfwinkel des Heimarbeiterlebens zu bringen, eine Verhöhnung auch des vom Grafen Posadowsky ausgesprochenen Gedankens einer amtlichen Enquete.

Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung und die Frauen.

I.

Für denjenigen, der bei dem Worte Gewerkschaftsbewegung an die Form der Arbeiterorganisation denkt, wie sie sich in den freien, der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften darstellt, gibt es eigentlich eine Spezialfrage „die Frau und die Gewerkschaftsbewegung“ nicht. Da die ökonomische Entwicklung, die nichts willkürlich Herbeigeföhrt, sondern etwas Notwendiges im Gange der Geschehnisse ist, es mit sich gebracht hat, daß die Frau „Arbeiterin“, d. h. Lohnarbeiterin ward neben dem männlichen Lohnarbeiter, so ist es für jeden klar blickenden und folgerichtig denkenden Arbeiter selbstverständlich, daß jede Frage, die ihn als Angehörigen seiner Klasse betrifft, die gesamte Lohnarbeiterschaft angeht, daß es da keine Geschlechtertrennung gibt und das Geschlecht ebensowenig in Betracht kommt wie Nationalität, religiöses Bekenntnis usw.

Gewiß muß unbedingt zugegeben werden, daß Jahrhunderte, ja Jahrtausende währende Bräuche,

Gewohnheiten und Begriffe nicht in wenigen Jahrzehnten spurlos verschwinden können, und diese Spuren der Begriffswelt vergangener, für immer hinter uns liegender Jahrhunderte sind es, welche sich hin und wieder bemerkbar machen in der Lebensanschauung, in der geistigen Verfassung auch sonst durchaus einsichtiger Leute. Bei Männern wie bei Frauen kommen sie gelegentlich einmal zum Vorschein, gleichsam Narben der überstandenen Zeiten, wie ja auch die Windpocken, welche die meisten von uns überstehen, ohne daß ein Zeichen davon zurückbliebe, doch bei manchem ein Löchlein an der Stirn, der Schläfe oder Nasenwurzel hinterlassen, wo gerade des Kindes Hand voll Ungeduld die Pustel wegkratzte. Daher dürfte es nicht überflüssig sein trotz der in Gewerkschaftskreisen auf diesem Gebiete meistens herrschenden natürlich-gesunden Anschauungen, immerhin noch einige Betrachtungen anzustellen über das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Frauen und der Frauen zu den Gewerkschaften. — Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß bei solchen Abhandlungen es sich nicht um Lobeshymnen und Tadeläußerungen handelt, sondern um Kennzeichnung dessen, was ist, und Untersuchung darüber, warum es so und nicht anders ist, ferner ob und durch welche Mittel unerfreuliche Erscheinungen beseitigt werden könnten.

Aus diesem Grunde heißt es nicht, den Gewerkschaftsleitern ein höheres Maß geistiger Klarheit zuzupredigen als anderen Menschen, wenn man sagt, in ihren Kreisen herrsche zumeist eine vernünftige Stellungnahme der Frau gegenüber vor, gewiß nicht! Nicht die geradezu geniale Begabung einzelner, nicht der Fern- und Scharfblick der Feldherrn naturen unter ihnen zeitigt eine derartige Erscheinung, sondern einzig und allein der Umstand, daß hier, im Gewerkschaftsleben, nichts nach der Schablone, nichts nach vorher aufgestellten Theorien geschieht, sondern aus den Notwendigkeiten des Lebens, aus den Tatsachen heraus, die Tag für Tag durch die Erfahrung festgestellt werden, aus der Theorie und die Methode erst gewonnen werden. Es ist der Weg aller ernsthaften geistigen Arbeit, aller positiven Wissenschaft: durch Beobachtung und Versuch zur Erkenntnis der in den Erscheinungen zutage tretenden Gesetze.

Wie die Frau nicht auf Grund irgend welcher theoretischen Erwägungen, sondern durch die wirtschaftlichen Bedingungen ins Erwerbsleben, speziell in die Industrie hineingezogen wurde, so wächst sie auch in der gleichen Weise in das Gewerkschaftsleben hinein. Der Gang ist der gleiche wie bei den männlichen Arbeitern, das Tempo des Eintretens in die gewerkschaftliche Organisation bei den Frauen ein etwas schnelleres als bei den Männern; doch ist dies nicht im Wesen der Frauen begründet, nicht ein Vorzug derselben, sondern darauf zurückzuführen, daß überhaupt mit der Steigerung der Intensität sowohl der industriellen Arbeit wie auch der Kräfteausbeutung der Arbeitenden das Bedürfnis, sich durch die gewerkschaftliche Organisation zu helfen, ein immer stärkeres wird.

Lange bereits hatten in Deutschlands Gauen die Männer der Arbeit unter dem Drucke kapitalistischer Ausbeutung den Nacken gebeugt, lange seufzend das Joch getragen, bis im Jahre 1866 unter Frißches Leitung die erste gewerkschaftliche Organisation, der deutsche Tabakarbeiterverein, ins Leben trat, dem ein Jahr später die Männer von der schwarzen Kunst, die Jünger Guten-

bergs, folgten, indem sie sich zum Verbande der deutschen Buchdrucker zusammenschlossen.

Zwölf Jahre, nachdem diese ersten Lenzestriebe dem dampfenden Boden einer neuen Gesellschaftsgestaltung entsprossen waren, war dieses weite Feld noch immer recht spärlich bestanden. So berichtet August Weib nach einer von ihm im Jahre 1877 aufgenommenen Statistik von nur 50 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in 30 verschiedenen Vereinigungen, während er die Gesamtheit der industriellen Arbeiterschaft auf 3 Millionen Personen schätzt. Das ergibt nach Weibs Berechnung 1 2/3 Proz., d. h., daß auf 300 Industriearbeiter 5 Organisierte kommen, also je 1 Organisierter unter 60 vorhandenen Arbeitern ist. Unter Hinzurechnung der in den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen zusammengeschlossenen Industriearbeiter stellt Weib ganze 2 1/2 Proz. Organisierter fest, also je 1 Mann auf 40 in der Industrie Tätige. — So langsam ging es anfangs vorwärts, als doch noch fast die Gesamtheit der Industriearbeiterschaft sich aus Männern zusammensetzte; nur bei zwei Industrien wird das weibliche Geschlecht erwähnt, der Tabak- und der Textilindustrie, und innerhalb dieser müssen sich die Frauen auch bereits ihrer Organisation zugewendet haben, denn die Vereinigung, die in Grimmitzschau ihren Sitz und ihre Verwaltung hatte, hieß „Gewerkschaft der Manufaktur- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts“.

Zahlenmäßig zuverlässig nachzuweisen, in welchem Maße die Frau immer mehr hineingezogen wird ins Arbeitstreiben der Fabriken und der sonstigen modernen Arbeitsstätten, die nicht gerade unter die offizielle Bezeichnung der „Fabriken“ fallen, aber doch direkt und indirekt für die Großindustrie tätig sind, ist zunächst vollkommen unmöglich. Amtliches wie auf privatem Wege gesammeltes statistisches Material läßt uns hier vollkommen im Stich, teils wegen der Einseitigkeit, mit der häufig an solche Untersuchungen von vornherein herangegangen wird, teils wegen der vielen absichtlich falschen Angaben, die bei Berufs- und Gewerbebefragungen gemacht werden gerade bezüglich der weiblichen Familienangehörigen, deren Erwerbstätigkeit aus Gründen der „Familienehre“ oder ähnlichen geleugnet wird. So viel ist indessen unverkennbar, daß von Zählung zu Zählung die Beteiligung des weiblichen Geschlechtes am Erwerbsleben immer stärker wird. Leider werden die Erwerbsverhältnisse der Familien dadurch nur sehr unwesentlich verbessert; denn alles wird teurer, besonders die Wohnungsmietpreise, und wenn auch wirklich etwas mehr Geld ins Haus kommt durch die Mitarbeit der Frauen, mehr anschaffen kann man doch dafür nicht. Beim Hauswirt bleibt, beim Schlächter, Bäcker und Kaufmann, ohne daß die Lebensweise der Arbeitenden merklich verbessert würde.

Natürlich sind die Preissteigerungen für Wohnung, Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände nur zum Teil daran schuld, daß durch den Verdienst der weiblichen Familienglieder das Einkommen der Familien nicht oder nur in ganz unbedeutendem Maße gesteigert wird. Vielfach werden die Löhne der männlichen Arbeiter herabgedrückt, wo es möglich ist, statt ihrer Frauen arbeiten zu lassen, sei es in den Betrieben selbst, sei es in den Wohnungen der Arbeiterfamilien, die zu Brutstätten des Elends der Heimarbeit und zu Höllen der Hausindustrie werden.

Das Werden dieser Verhältnisse während des ersten Jahrzehntes des neuen Deutschen Reiches, die Wechselwirkung der politischen und wirtschaftlichen

Momente, das Bewußtwerden der deutschen Arbeiterklasse und deren Anläufe zur Erringung des ihr gebührenden Einflusses zur Umgestaltung des morsch gewordenen Gesellschaftsbaues, d. h. die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung brauchen ja hier nicht geschildert zu werden. Sie sind zu bekant, wie auch der klägliche Versuch, den Deutschlands Regierung unter dem großen Kanzler des ersten Wilhelm machte, mit dem brutalen Mittel des Sozialistengesetzes zu verhüten, daß die junge Arbeiterklasse den vom Schwamm der Fäulnis zersessenen Bau der kapitalistisch bürgerlichen Gesellschaft zum Einsturz brächte. Bekannt ist auch, was während des Jahrzwölfts des Ausnahmegesetzes die gewerkschaftlichen Organisationen waren, und was sie leisteten.

Nachdem das Gesetz gefallen, zusammen mit seinem Schöpfer, kam die Arbeiterschaft wieder in etwas dazu, bei dem Werke ihrer Befreiung, dem wirtschaftlichen wie auch dem politischen Befreiungskampfe, in Bahnen einzulenken, die nicht mehr unbedingt mit allen Kriegeslisten indianischer Stammeshäuptlinge, die um Leben und Freiheit ihrer Genossen kämpften, eronnen zu werden brauchten. — Statt indianischer Kriegeslisten, die den junkerlich-kapitalistischen Konquistadoren des 19. Jahrhunderts gegenüber im neuen Deutschen Reiche genau so unentbehrlich war wie in der neuen Welt gegenüber den Cortez, Pizarro und ihren Nachfolgern, kann die moderne Strategie europäischer Völker, die Kulturvölker sein wollen, zur Geltung kommen.

Die zum wirtschaftlichen Kampfe um die Rechte von Kulturmenschen vereinigten Arbeiter schafften sich ihr Generalfeldmarschallamt in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1890), und schon bei einem der ersten Versuche, Heerschau abzuhalten frei vor den Augen aller Welt, erweist sich's, daß es sich hier um moderne Gesellschaftsgebilde handelt, in der Generalkommission selbst wie in den ihr angeschlossenen Gewerkschaften. Die Arbeit vereinigt beide Geschlechter im Werkssaal, die kapitalistische Ausbeutung bemächtigt sich ihrer und fragt nicht, ob Mann, ob Weib, sondern nur danach, wie groß der aus ihnen zu erpressende Profit. Deshalb ist auch in der Gewerkschaft, der Organisation zum Kampf gegen diese Ausbeutung, nicht Mann noch Weib, sondern Arbeitsgenossen und Kampfgenossen, alle miteinander.

In der graphischen und statistischen Darstellung der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften (1891 bis 1903) von Louis Brunner sehen wir schon für 1892, also zwei Jahre nach dem Fall des Ausnahmegesetzes und der Schaffung der Generalkommission, 4355 Mittkämpferinnen in den Reihen der Gewerkschaftsverbände. Allen voran sind hier natürlich die Tabakarbeiter mit 2560 organisierten weiblichen Arbeitern, sind doch die Tabakarbeiter nicht nur stark bedroht durch das Eindringen der preisdrückenden, die Reservarmee vermehrenden weiblichen Arbeitskraft, das trifft bei anderen Berufen ebenso und teilweise in noch höherem Maße zu, aber sie sind ja auch diejenigen deutschen Arbeiter, die sich überhaupt zuerst organisierten, also müssen sie auch hierin die ersten sein.

Fünf Jahre später ist die Zahl der in den freien, der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften organisierten Frauen bereits auf 14 644 gestiegen, 1903 sind ihrer 40 666 nach Brunners Tabelle, und auf demselben Kongress, dem diese lehrreichen Darstellungen gewidmet sind, der im Mai 1905 in Köln

statistand, konnte die Generalkommission berichten, daß im 4. Quartal des Jahres 1904 die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder auf 53 525 gestiegen war.

Wie aber schon vorher erwähnt wurde, beschleunigt sich das Tempo immer mehr und mehr, so daß man nicht mehr Stufen von einem Jahrzehnt oder selbst einem Jahrzehnt annehmen darf, sondern schon das einzelne Jahr zeigt geradezu großartige Fortschritte — nicht an dem gemessen, was sein könnte, wohl aber an dem, was ehemals war, selbst auch an den Fortschritten gemessen, die bei dem gleichen Lebensalter, seit ihrem Beginn gerechnet, die Organisierung der männlichen Industriearbeiter machte. — In dem einen Jahre von 1904 auf 1905 vermehrte sich allein in Berlin die weibliche Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes von 3374 auf 5426; es überschritt somit die Zahl der 1905 in Berlin organisierten Metallarbeiterinnen die der im Vorjahre in ganz Deutschland vorhandenen (5339), und im ganzen Reiche stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder dieser Gewerkschaft auf mehr als 10 000.

Noch erheblich stärker ist die Zunahme der weiblichen Mitgliedschaft im Textilarbeiterverbande. Im 4. Quartal 1904 zählte dieser 13 171, im 4. Quartal 1905 bereits 25 940 weibliche Mitglieder. Ähnlichen Aufstieg nahmen noch verschiedene andere Gewerkschaften in betreff der in ihnen organisierten weiblichen Arbeiter; jedoch erübrigt es sich, hier auf weitere Einzelheiten einzugehen, galt es doch zunächst nur, die Tendenz zu kennzeichnen, was wohl durch die angeführten Zahlen hinlänglich geschehen ist.

Das Verhältnis der in den Gewerkschaften organisierten Frauen zur Gesamtzahl der in den verschiedenen Berufen tätigen läßt sich zurzeit durchaus nicht feststellen, da diese letzte Zahl ganz unbekannt ist; denn da seit der letzten Berufszählung mehr als ein Jahrzehnt verfloßen ist, hat sich das damals gefundene Zahlenergebnis naturgemäß ganz gewaltig verändert. Immerhin muß zugegeben werden, daß, wie erfreulich und ermutigend auch die Tendenz ist, die festgestellt werden konnte, das tatsächlich Erreichte doch noch recht wenig befriedigend ist. Aufwärts, mit Riesenschritten aufwärts geht die Bewegung, aber noch ist's ein kleines Stück nur des Berges, was wir erklimmen, über uns ragt er empor in steiler Höhe, und wacker klimmen heißt es, wenn wir zum Gipfel empor wollen. — Wir wollen und wir werden hinauf gelangen zur sonnigen Höhe. Als rechte Bergsteiger müssen wir dann aber auch eine ganze Reihe von Maßnahmen und Vorbereitungen treffen, um hausälterisch mit den Kräften umzugehen und alle Vorteile auszunutzen. Nicht sollen hier von einem eingebildeten Kolumbus der Gewerkschaftsbewegung neue Bahnen erschlossen, neue Welten entdeckt werden, wohl aber gibt es manches brauchbare Mittel, das angewandt werden könnte und bisher unbenutzt blieb. Auch macht sich hin und wieder noch ein Ueberrest von den alten Anschauungen so erheblich bemerkbar, daß er zum Hindernis der Fortentwicklung zu werden droht, zumal wo bei Neugestaltungen, Statutenänderungen und dergleichen man mit den Verhältnissen rechnet, „die immer waren“ bezüglich der Verhältnisse der Geschlechter in der Gesellschaft, statt zu sehen, was geworden ist, und was morgen werden kann.

Einige solcher vielleicht brauchbaren Mittel und gangbaren Wege anzuzeigen wird ein späterer Artikel versuchen. J da A l t m a n n.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Eine Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes fand in den Tagen vom 7. bis einschließlich 12. Mai in Berlin statt, um, dem Generalversammlungsbeschlusse gemäß, gemeinsam mit den Gehülfenvertretern im Tarifamte die Abänderungsanträge zur Tarifrevision zu prüfen und zusammenzustellen. Die Tagesordnung war eine ungemein reichhaltige; es lagen mehrere Hundert Anträge zur Tarifrevision aus Gehülfskreisen vor, die zu behandeln waren und denen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden mußte. Eine Hauptfrage war die Erhöhung des Tausendpreises und des „gewissen Geldes“, auf die die Konferenz in Anbetracht der verteuerten Lebensverhältnisse das größte Gewicht legte. Ferner lagen eine größere Zahl von Anträgen vor zu der Frage des Staffeltarifs, dessen Beseitigung im allgemeinen von den Gehülfsen gewünscht wird. In der Frage der Lokalzuschläge kam die Konferenz zu dem Resultat, daß neue Wege für deren Regelung zu beschreiten seien. Ebenfalls soll eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden, deren Notwendigkeit kaum ernstlich bestritten werden kann, um so mehr, als die Arbeitslosigkeit eine recht große ist und andererseits das Ueberstundenunwesen auch bei den Buchdruckern einen breiten Raum einnimmt, teilweise sich auch nicht immer vermeiden läßt. Bezüglich der Lehrlingskala wurde im Sinne der Gesamtgehülfsenschaft eine Begrenzung der Lehrlingsziffer nach oben gewünscht. In der Frage der Arbeitsnachweise wurde von einer Forderung auf deren obligatorische Benutzung abgesehen, jedoch sollen Veranstaltungen getroffen werden, daß die paritätischen Arbeitsnachweise mehr als bisher benutzt werden.

Bezüglich der Ueberstunden wurden die lebhaftesten Klagen aus fast allen Gauen laut. In vielen Druckereien sind sogar neben den Ueberstunden noch Doppelschichten üblich. Auch hier soll bei der Tarifrevision auf eine Abstellung dieses Krebschadens hingewirkt werden. In der Frage der Maifeier beschloß die Konferenz, von bestimmten Forderungen abzusehen. Es fanden sodann noch eine ansehnliche Reihe weiterer Fragen ihre Beratung, auf die hier einzugehen sich wohl erübrigt.

Der „Bauhülfenarbeiter“ hat mit der Nummer 21 eine Auflage von 80 500 erreicht. Der „Safnarbeiter“ erreichte mit der Nummer 11 eine solche von 30 000.

Der vom Vorstande des Fabrikarbeiterverbandes auf 5 Wochen ausgedruckte Extrabeitrag beträgt 20 bzw. 30 Pf. pro Woche.

Die Mitgliederzahl des Gemeindearbeiterverbandes betrug nach der Abrechnung vom 1. Quartal 1906 am 31. März 22 301 gegen 20 818 im letzten Quartal 1905.

Der soeben stattgefundenen Verbandstag der Holzarbeiter beschloß die Einführung der Krankenunterstützung und die Erhöhung des Beitrages von 35 auf 50 Pf. pro Woche. Ferner wurde in einer Resolution die Arbeitsruhe am 1. Mai als die würdigste Form der Maifeier bezeichnet, bestimmte Normen für die betriebsweise Abstimmung über die Arbeitsruhe aufgestellt; für Nachwirkungen, die sich aus der Arbeitsruhe ergeben, übernimmt die Verbandskasse, falls die Beschlüsse innewegungen worden sind, von der zweiten Woche an die Kosten und wird die diesbezügliche Unterstützung in der Höhe der Streikunterstützung gezahlt.

Der „Vereinsanzeiger“ veröffentlicht das Resultat der Lohnbewegungen des Malerverbandes im Jahre 1905. Insgesamt wurden 102 Lohnbewegungen an 81 Orten geführt. Sie betrafen 3135 Werkstellen mit 13 799 Beschäftigten. 26 Bewegungen in 22 Orten mit 610 Beteiligte und 1975 Beschäftigten fanden ihre Erledigung ohne Streiks. In 76 Fällen kam es zu Streiks bzw. Aussperrungen. Daran waren 2525 Betriebe mit 11 824 Beschäftigten. Das Resultat war in 28 Fällen oder 36,8 Proz. erfolgreich, in 17 Fällen oder 22,4 Proz. teilweise erfolgreich und in 21 Fällen oder 27,6 Proz. erfolglos. Die Gesamtausgaben der Lohnkämpfe beliefen sich auf 237 160 Mk. Eine Uebersicht über das Resultat der Lohnkämpfe des Verbandes seit 1900 zeigt folgendes interessante Bild:

	Streiks	Be-teiligte	Ber-ehratet	erfolgt	erfolglos	Gesamt- kosten
1900	24	2463	1213	12	6	60 501,68
1901	23	2232	966	10	6	53 451,34
1902	15	586	235	9	2	9 875,80
1903	21	2335	948	5	5	97 828,80
1904	30	5902	2969	13	5	132 387,17
1905	76	10 149	5304	28	17	237 160,01

1905 wurden 55 korporative Arbeitsverträge abgeschlossen für 9441 Beteiligte. Davon gingen 26 für 1339 Beteiligte aus Lohnbewegungen ohne Streiks hervor und 29 für 8102 Beteiligte aus Angriffstreiks.

Der Verband der Sattler zählte nach der Abrechnung für das erste Quartal 1906 am 31. März 6424 Mitglieder in 83 Zahlstellen. Zwei Filialen hatten keine Abrechnung geliefert. Der Vermögensbestand betrug 77 241,64 Mk.

Im Verbandsrat der Schmiede tritt am 3. Juni der auf 55 Pf. erhöhte Wochenbeitrag in Kraft.

Der Vorstandsbericht für die Jahre 1904/05 des Verbandes der Schuhmacher an die demnächst stattfindende Generalversammlung wird soeben veröffentlicht. Die Mitgliederzahl ist auf 28 546 am Schlusse 1905 angewachsen, somit der infolge der Beitragserhöhung durch den letzten Verbandstag erfolgte Mitgliederverlust nicht nur wettgemacht ist, sondern bis Ende 1905 um über 2000 Mitgliederzunahme überholt wird. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich um 13,12 Proz. vermehrt; sie ist auf 3481 gestiegen. Diese günstige Entwicklung hat übrigens im Jahre 1906 fortgesetzt; der Verband zählte am Schlusse des ersten Quartals 31 599 Mitglieder. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1905 315 145,09 Mk. Ueber die Leistungen des Verbandes geben folgende Zahlen einen kurzen Ueberblick:

Unterstützungen:	1902/03	1904/05	Mehrausgabe 1904/05
	Mk.	Mk.	Mk.
Arbeitslosen . . .	132,—	5 058,10	4 921,10
Kranken . . .	4 214,91	43 136,30	38 921,39
Wöchnerinnen . . .	—	498,—	498,—
Reise . . .	12 701,75	18 822,01	6 120,26
Umzugs . . .	6 077,80	9 650,52	3 572,72
Notfall und Maßregelung . . .	6 460,30	9 428,19	2 967,89
Sterbe . . .	6 277,—	7 979,50	1 702,50
Streik . . .	150 835,58	262 573,09	111 737,51
Summa	186 699,34	357 140,71	170 441,37

Der Vorstand des Genesfelder Bundes (Lithographen und Steindrucker) gibt anlässlich der Versuche der Unternehmer, durch Generalaussperrungen die Organisation zu vernichten, Extramarke zwecks einer Streiksteuer heraus. Der Vorstand schlägt vor, daß die arbeitenden Mitglieder mit einem Wochenverdienst bis 20 Mk. 1 Mk. Streiksteuer, mit einem Wochenverdienst von 20—30 Mk.

2 Mk. und bei einem Wochenverdienst von über 30 Mark 3 Mk. Streiksteuer zahlen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitglieder diese Sätze als Mindestsätze betrachten und alles daran setzen werden, den von den Unternehmern beabsichtigten Schlag gegen die Organisation zu parieren.

Im Zimmerverbande wurden im ersten Quartal 1906 einschließlich Dezember 1905 an Arbeitslosenunterstützung 82 989 Mk. für 91 808 Tage und an Reiseunterstützung 7732,50 Mk. für 8957 Tage ausgezahlt. Der Zimmerverband ist die erste Organisation unter den baugewerblichen Arbeitern, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt hat. Daher das Resultat auch von besonderem Interesse ist. Die gegebene Uebersicht ist zwar nur eine vorläufige, die noch eine Verschiebung durch die endgültigen Zahlen erfahren dürfte; immerhin berechtigt sie zu den besten Hoffnungen bezüglich der Durchführung der Arbeitslosenunterstützung auch in diesem für die Sache an sich anscheinend schwierigsten Gewerbe.

Schweden. Die Landescentrale der schwedischen Gewerkschaften beruft den vierten schwedischen Gewerkschaftskongress zum 6. August d. J. nach Stockholm ein.

Von den amerikanischen Gewerkschaften.

Das Bundesparlament zu Washington hat seit mehreren Jahren für den Arbeiterschutz nichts geleistet und die einzelnen Staatsparlamente nichts nennenswertes. Diese Tatsache, im Verein mit den Erfolgen der Arbeiterpartei in Großbritannien, hat die Gewerkschafter der Vereinigten Staaten endlich zu der Erkenntnis gebracht, daß mit dem bisherigen System des Betreibens von Arbeitsgesetzen, welches in der Eingabe von Petitionen, der Teilnahme an Experten parlamentarischer Comités und der freundschaftlichen Beeinflussung der Senatoren und Repräsentanten bestand, gebrochen werden muß. Der Exekutivausschuß der American Federation of Labor hat sich kurz nach den britischen Wahlen mit den gewerkschaftlichen Centralverbänden ins Einvernehmen gesetzt, um Maßnahmen zu ergreifen, die künftighin den organisierten Arbeitern einen entsprechenden Einfluß auf die Gesetzgebung ermöglichen sollen. Man konnte sich wohl nicht entschließen, einfach dem englischen Vorbilde zu folgen und eine unabhängige Arbeiterpartei ins Leben zu rufen; es wurde dagegen beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Regierung die Forderungen der Gewerkschaften zu unterbreiten und, wenn diese keine bindenden Zusagen betreffs des Zustandekommens der verlangten Gesetze machen, bei den nächsten Wahlen Vertreter der organisierten Arbeiter selbst in den Kongress zu entsenden. Am 21. März d. J. begab sich eine Abordnung, bestehend aus dem Exekutivausschuß der American Federation of Labor und Vorstandsmitgliedern der Centralverbände zum Präsidenten Roosevelt, zu dem Präsidenten des Senats, Wm. B. Frye, und dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Jos. G. Cannon, um ihnen ein Memorandum zu überreichen, das die Beschwerden der Gewerkschaften enthält und das Zustandekommen des Achtstundengesetzes, des Anti-Injunktionengesetzes (welches den Erlaß von Einhaltsbefehlen bei Streiks unmöglich machen will), der Seemannsschutzgesetze, ferner die Aufrechterhaltung der Chinesengesetze, die Aenderung der Gesetze be-

treffend die Sträflingsarbeit usw. verlangt. Von früher seitens der Arbeiterorganisationen überreichten Petitionen unterscheidet sich dieses Memorandum durch seine entschiedene Sprache; die Schlusssätze lauten wie folgt: „Wir bringen diese Beschwerden Ihnen vor, weil wir lange, geduldig und vergeblich auf Hilfe warteten. Wir beschwerten uns über keine Sache, ohne zugleich in ehrlicher und gesetzlicher Weise Vorschläge zu machen, wie abgeholfen werden kann. Die Vorschläge der Arbeiterschaft befinden sich in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen und sie sind in der Richtung des Fortschrittes, welchen die geänderten Wirtschaftsverhältnisse notwendig gemacht haben. Die Arbeiterschaft bringt diese Beschwerden zu Ihrer Kenntnis, weil Sie die für die Gesetzgebung und für die Fehler der Gesetzgebung verantwortlichen Vertreter sind. Die Arbeiter kommen zu Ihnen als Ihre Mitbürger, die auf Grund ihrer Lebensstellung nicht bloß die gleichen Interessen wie alle anderen Bürger an der Wohlfahrt unseres Landes haben, sondern außerdem Interessen als die Würdenträger, die Lohnarbeiter Amerikas. Als Vertreter der Arbeiterschaft fordern wir Sie auf, diesen Beschwerden abzuweichen, weil es in Ihrer Macht liegt, es zu tun. Die Arbeiter appellieren an Sie und hoffen, es werde nicht vergeblich sein. Aber wenn Sie vielleicht unser nicht achten wollen, so werden wir das Gewissen und die Unterstützung unserer Mitbürger anrufen.“ — Roosevelt verhielt sich den meisten Forderungen gegenüber, soweit sie sich auf die Durchführung der Arbeitsgesetze beziehen und daher speziell an ihn gerichtet waren, mehr oder weniger ablehnend. Senatspräsident Frye hatte nichts zu erwidern und Sprecher Cannon drückte sich um den Kern der Sache mit höflichen und freundschaftlichen Redewendungen herum. Den Gewerkschaftsvertretern konnte, als sie Washington verließen, kein Zweifel mehr darüber bleiben, was sie künftighin zu erwarten haben, wenn sie nicht nur die Politik aus der Gewerkschaft fern halten, sondern sie auch außerhalb derselben anderen überlassen. Ueber das Vorgehen bei den nächsten Wahlen herrscht noch arge Unklarheit; nur das eine steht fest, daß die Wiederwahl der Mehrheit der jetzigen Kongreßmitglieder, die sich der Arbeiterschaft feindlich erwiesen, verhindert werden soll, ohne Rücksicht darauf, welcher Partei sie angehören. Wie sich die leitenden Personen der A. F. of L. jedoch die Möglichkeit eines weitreichenden Einflusses der Arbeiter in der Politik vorstellen, so lange sie keine feste politische Organisation haben, das ist vorläufig noch ein Rätsel. Befriedigen kann bei der Angelegenheit, daß — wenn nicht alle Anzeichen trügen — die A. F. of L. zum letztenmal petitionieren ging. Im „United Mine Workers Journal“ (Nr. 48, vom 19. April 1906) wird hierzu die für amerikanische Verhältnisse charakteristische Bemerkung gemacht: „Nicht aus eigenem Antriebe tritt die organisierte Arbeiterschaft in die Politik ein. Jahre hindurch haben ihre hervorragenden und fähigsten Führer diesen Ausgang zu vermeiden gesucht, aber er wurde ihnen aufgezungen und sie werden nicht länger streben, der Kraftprobe auszuweichen.“

Nachdem die verschiedenen amerikanischen Metallarbeiterverbände bereits vor mehreren Jahren den Versuch zur Gründung einer allgemeinen Metallarbeiterföderation machten, der jedoch fehlschlug, versammelten sich im März d. J.

in Cincinnati abermals Delegierte der Schmiede, Kesselschmiede, Maschinenbauer, Former und Gießer, Metallpolierer und Metallbrüder sowie der Modelltischler, um einen engeren Zusammenschluß dieser Gewerkschaften herbeizuführen. Nach zweitägiger Beratung wurde der Beschluß gefaßt, unter dem Namen „Federated Metal Trades“ einen Verband zu bilden, welchem die Leitung der Agitation und der Förderung der Organisation der Metallarbeiter obliegt. In bezug auf interne Angelegenheiten, Unterstützungseinrichtungen usw. bewahrt jede Gewerkschaft ihre volle Selbständigkeit.

Die Eisenbahnverbände, welche der American Federation of Labor nicht angehören, verzeichneten im verfloffenen Jahre einen Mitgliederzuwachs, und zwar zählte der

	1904	1905
Verband der Lokomotivführer	41 739	45 689
„ „ Lokomotivheizer	54 424	55 287
„ „ Kondukteure	33 329	36 000
„ „ Zugbegleiter	69 400	74 539
„ „ Weichenwärter	?	23 000

Diese Gewerkschaften pflegen besonders die Unfall- und die Sterbefallunterstützung; hierfür verausgabten die Lokomotivführer im letzten Verwaltungsjahre 1327 500 Dollar, die Lokomotivheizer 810 250 Dollar, die Kondukteure 825 000 Dollar, die Zugbegleiter 1545 236 Dollar, die Weichenwärter 154 200 Dollar. Die Unterstützungsfonds werden in allen Verbänden von den allgemeinen gewerkschaftlichen Fonds getrennt verwaltet.

Von den arbeitsstatistischen Aemtern der amerikanischen Einzelstaaten berichtet nur ein Teil über die Stärke der Gewerkschaften; ihre Ausgaben sind zudem oft recht mangelhaft, so daß es schwer ist, ein Bild der Ausbreitung der Organisationen über die verschiedenen Gebiete zu gewinnen. Das Bureau of Statistics of Labor zu Boston hat aus 21 Staaten und einem Territorium Material gesammelt,*) das zumeist auf das Jahr 1904 Bezug hat, in mehreren Fällen jedoch auf einen weiter zurückliegenden Zeitpunkt; einige der wichtigsten Industriestaaten mit entwickelter Gewerkschaftsbewegung sind in dieser Statistik leider nicht vertreten, so z. B. Pennsylvania, Massachusetts, Connecticut, Indiana usw. Von den in Betracht gezogenen Staaten weist New York die größte Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auf (374 252); über 100 000 Gewerkschaftsmitglieder haben ferner Illinois (140 733) und Californien (110 000); ihnen am nächsten kommen Missouri (82 033) und Ohio (79 884). Weniger als 50 000, aber mehr als 30 000 Mitglieder von Gewerkschaften kommen auf die Staaten Colorado, Iowa und Michigan; 10 000 bis 30 000 auf Kentucky, Maine, Maryland, Minnesota, New Jersey, Virginien und das Territorium Porto Rico; überall sonst, und zwar in Kansas, Louisiana, New Hampshire, Oregon, Washington, West-Virginien und Wisconsin bleibt die Zahl der Gewerkschafter unter 10 000 zurück. Doch sind einige Angaben, wie z. B. jene für New Jersey und Wisconsin sicher viel zu gering. In den hier nicht angeführten Staaten und Territorien haben die Arbeitsämter über die Stärke der Gewerkschaften keine Berichte erstattet; auch das Bundesarbeitsamt zu Washington unterließ es bis jetzt, die Stärke der amerikanischen Gewerkschaften und ihre geographische Gliederung festzustellen.

*) „Trade Unions, United States and Foreign Countries“. Labor Bull of Massachusetts, März 1906

Die Achtstundenbewegung der Schriftsetzer Amerikas hatte im Monat März keine bemerkenswerten Erfolge aufzuweisen. Von elf kleinen Lokalvereinen wurde der Achtstundentag errungen, ebenso haben in den größeren Städten wieder einzelne Firmen die Gehülfsforderungen bewilligt; insgesamt stieg die Zahl der acht Stunden arbeitenden Verbandsmitglieder nur um 240. — Die Deutsch-amerikanische Typographia hat in der canadischen Stadt Winnipeg eine neue Ortsgruppe errichtet. J.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen in Deutschland.

5000 Oderschiffer stehen seit dem 20. Mai im Streik, der vom Verbands der Hafnarbeiter geführt wird.

Der Tarifbruch der Buchbinderei-Unternehmer ist nunmehr auf der ganzen Linie perfekt geworden, indem nach Berlin und Leipzig am 19. Mai auch Stuttgart die Aussperrung vollzogen hat. Der Verband deutscher Buchbindereibesitzer hat damit einen vollständigen Tarifbruch begangen, der ein wenig ruhmreiches Blatt in der Geschichte der deutschen Unternehmer bilden wird. Nach der Nr. 21 der „Buchb.-Ztg.“ umfaßt die Aussperrung bisher in Berlin ca. 1000, in Leipzig 2100 und in Stuttgart 620, insgesamt also ungefähr 3700 bis 3800.

Die „Generalaussperrung“ der Lithographen und Steindrucker entpuppt sich immer mehr als alles andere, nur nicht als einen Erfolg der Scharfmacher im Verbands der Steindruckereibesitzer. Sie umfaßt bisher nur etwa 2900 Personen, während die Scharfmacher gehofft hatten, etwa 8000 ausgesperrt zu sehen. Im Unternehmerlager rebelliert es gegen die blind darauf losschlagende Leitung; bereits sind eine Anzahl Vertreter von größeren Firmen bei der Leitung vorstellig geworden, um die Aussperrung zum 26. Mai rückgängig zu machen. Als dies abgelehnt wurde, haben in Dresden mehrere Firmen aus eigener Machtvollkommenheit die Aussperrung aufgehoben bzw. die Aufhebung angekündigt, so daß dort nur eine einzige Firma der aussperrungslustigen Leitung treu zu bleiben scheint. Der „Schutzverband“ der Unternehmer hat sich also allem Anschein nach ein elendes Fiasko von Anbeginn seiner Tätigkeit an selbst verschafft. Anstatt der Zertrümmerung der Arbeiterorganisation dürfte er sich selbst zertrümmern.

Der Kachelofensfabrikantenverband hat am 18. Mai tatsächlich beschloffen, zur Unterstützung der Breslauer Töpfermeister auszusperren. Wie „Der Töpfer“ mitteilt, ist in den meisten Ofensfabriken die Kündigung der Werkstubenarbeiter zum 2. Juni erfolgt.

Die Situation in der Metallindustrie ist heute noch nicht vollständig geklärt. In Hannover scheint die Einigung bevorzustehen, nachdem die Unternehmer sich zu Zugeständnissen bequemt haben. In Augsburg ist der Formerstreik beendet; die Zugeständnisse der Unternehmer wurden von den Arbeitern akzeptiert. Die Braunschweiger Unternehmer wollen die Aussperrung nicht eher aufheben, bevor die Differenzen an den anderen Orten beigelegt sind. Dagegen haben die Metallindustriellen in Württemberg es abgelehnt, die Aussperrung auf ihre Betriebe auszudehnen.

Der Bergarbeiterstreik in den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren

ist nunmehr mit einem großen Erfolge der Arbeiter beigelegt worden. Außer anderen Zugeständnissen haben die Unternehmer den Neunstundentag für die eigentlichen Bergleute bewilligen müssen, womit ein äußerst wichtiges Objekt des Kampfes erreicht wurde. Daß die Unternehmer dabei ihre Forderung auf Ausschaltung der Arbeiterorganisation „durchsetzten“, wird ihnen eine recht geringfügige Freude bereiten; haben sie doch nur mit den Beauftragten der Organisation verhandelt. Unter welcher Firma das geschieht, bleibt praktisch gleichgültig. Abgelehnt haben die Unternehmer weiter die Forderung des Minimallohnes und die Abschaffung der Frauenarbeit. Sie mußten dagegen die Neunstundenschicht, Erhöhung der Schichtlöhne, teilweise auch der Gebirge, Abschaffung der getrennten Gebirge, sowie bessere Bewetterung und Beschaffung guten Trinkwassers, Badeanstalten usw. zugestehen. So hat der neunwöchige Kampf den Bergarbeitern einen nicht zu unterschätzenden Erfolg gebracht, der nur ihrer zähen Ausdauer zu verdanken ist. Am Streik beteiligt waren 5000 Mann.

Dagegen mußte der Streik der Bergarbeiter im niederschlesischen Revier nach elfwöchiger Dauer abgebrochen werden. Die Direktion der Schlesiens Kohlen- und Kokswerke lehnte jedes Entgegenkommen ab; selbst die Vermittlung des Landrats zu Waldenburg wurde zurückgewiesen. Der Verrat der katholischen Fachabteilungen, die regelmäßig den Unternehmern alle taktischen Maßnahmen und Beschlüsse der Streikleitung mitteilten, haben zu der Niederlage der Arbeiter wesentlich beigetragen.

Schweden. Eisenbahnerstreik. Zum ersten Male in Schweden ist ein Streik der Eisenbahner auf der Privatbahn Malmö-Östads ausgebrochen, nachdem alle Versuche, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten. Der Verkehr ruhte vollständig. Der Streik rief eine Lohnbewegung des Personals der übrigen Privatbahnen in der Provinz Schonen hervor. Wie berechtigt die Forderungen auf verbesserte Löhne sind, zeigen am besten einige Zahlen von der Privatbahn Malmö-Östads. Der Anfangslohn für Bahnwärter betrug bisher 540 Kronen und stieg nach 15jähriger Dienstdauer auf 720 Kronen bei freier Wohnung. Stationsdiener erhielten einen Anfangslohn von 840 Kronen in der Stadt und 660 Kronen auf dem Lande, der nach 12jähriger Dienstzeit auf 1080 bzw. 900 Kronen stieg, ohne Wohnung. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 12 bis 16 Stunden; Uniform müssen sich die Angestellten selbst halten. Kein Wunder also, wenn schließlich die Geduld ein Ende nahm.

Inzwischen ist nun auch eine Einigung erzielt worden, indem die Eisenbahndirektion die wichtigsten Forderungen der Arbeiter bewilligte. Und zwar wurden wesentliche Lohnerhöhungen für zwei Uebergangsjahre (1906/1907) bewilligt, worauf sowohl das Minimal- als das Maximalgehalt für Stationsdiener, Schaffner, Lokomotivführer und Geizer um rund 200 bis 240 Kronen pro Jahr erhöht wird ab 1. Januar 1908.

An der Bahnlinie Östads-Öshöv ist ebenfalls die Bewegung, die hier ohne Streik verlief, beigelegt worden. Auch hier wurden wichtige Verbesserungen in den Lohnverhältnissen erzielt. Bezüglich der anderen Eisenbahnen in der Provinz Schonen, wo Forderungen gestellt sind, werden noch Unterhandlungen geführt.

E. Dr.

Literarisches.

Publikationen der Gewerkschaften.

- Buchdrucker.** Verband der Essig-Lothringischen Buchdrucker, Protokoll der 25. ordentl. Generalversammlung in Strahburg.
— Jahresbericht über den Gauverband Hannover des Verbandes der deutschen Buchdrucker pro 1905. Selbstverlag, Hannover, Calenbergerstr. 18.
— Jahresbericht für 1905 des Gauess Ostpreußen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Selbstverlag, Königsberg i. Pr., Sägerhoffstr. 2, 3. Et., F. Behrendt.
- Buchbinder.** Bericht des Vorstandes mit Anhang: Bericht der Bezirksleiter pro 1905. Verlag des Verbandes, E. Kloth, Berlin, Kottbuserdamm 23, 1. Et.
- Glafer.** Protokoll der Verhandlungen des 11. Verbandstages in Mannheim 1906. Verlag des Verbandsvorstandes, Karlsruhe.
- Holzarbeiter.** Jahresbericht der Gauvorstände für das Jahr 1905. Stuttgart, Verlag des Holzarbeiterverbandes.
— Die Lage und Organisation der Klavierarbeiter. Verhandlungen d. Klavierarbeiterkonferenz in Zeit am 30. und 31. Dezember 1905. Stuttgart Verlag des Holzarbeiterverbandes.
- Schuhmacher.** Bericht des Vorstandes an die Generalversammlung in Nürnberg 1906. Selbstverlag des Verbandes, Nürnberg.
- Steinarbeiter.** Jahresbericht für 1905 nebst den statistischen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Berücksichtigung der Krankheitsart und Dauer sowie Zahl und Ursachen der Todesfälle vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905. Verlag des Centralverbandes der Steinarbeiter, Leipzig.
- Holland.** Protokoll des ersten Kongresses des Niederländischen Verbandes von Fachvereinigungen, abgehalten in Amsterdam am 2. und 3. April 1906.
- Oesterreich.** Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsverbandes für Oberösterreich und über den Stand der oberösterreichischen Arbeiterorganisationen im Jahre 1905.
- Schweiz.** Jahresbericht des Schweizerischen Typographenbundes pro 1905. Selbstverlag des Bundes, Basel.

Publikationen der Gewerkschaftskartelle und Arbeiterssekretariate.

- Augsburg.** Siebenter Jahresbericht des Gewerkschafts-Vereins, Geschäftsjahr 1905. Verlag Karl Steyfal, Straße 28, Nr. 2.
- Zaar- und Siegerland.** Jahresbericht des Arbeiterssekretariats, sowie Bericht der Gewerkschaftskartelle im Tätigkeitsgebiet des Sekretariats. Geschäftsjahr 1905. Lüdenscheid, Selbstverlag des Arbeiterssekretariats.
- Luzern.** Erster Bericht des Arbeiterssekretariats, Selbstverlag.

Publikationen sonstiger Organisationen.

- Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen.** Rembrandt, 38 Radierungen. Preis 50 Pf., bei Massenbezug 25 Pf. Selbstverlag. Berlin SW. 11.
- Verein für Handlungskommis von 1858.** 47. Jahresbericht für das Jahr 1905. Selbstverlag. Hamburg.
- Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.** Jahresbericht pro 1905 und Statistik über die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Beruf. Verlag Herm. Jaed, Berlin, Doppelnerstr. 44.
- Verband der Post- und Telegraphenassistenten.** Die Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses, gemäß den Beschlüssen des 14. Verbandstages, dargestellt vom Telegraphenassistenten A. Altermann. Berlin, Selbstverlag des Verbandes.

Deutscher Rechtsbund. Rechtshort, Organ des Rechtsbundes, Nr. 6, Verlag des „Rechtshort“, Weimar. Jahrespreis 4 Mk.

Deutscher Werkmeister-Verband. Die staatliche Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangestellten. Verlag des Verbandes, Düsseldorf.

Publikationen von Krankenkassen.

- Berlin.** Allgemeine Ortskrankenkasse, Geschäftsbericht für das Jahr 1905.
— Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin für 1905.
- Offenbach a. M.** Allgemeine Ortskrankenkasse, Geschäftsbericht für 1905.

Parteipublikationen.

- Paul Göhre.** Schule, Kirche, Arbeiter, ein Vortrag. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 15 Pf.
- Der preussische Volksschulgesetzentwurf,** Materialien zu seiner Beurteilung. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 Pf.
- Der Landbote,** Kalender für Arbeiter und Kleinbauern für das Jahr 1906. Frankfurt a. M. Verlag der Union-Druckerei.
- Internationales Sozialistisches Bureau, Brüssel.** Die internationale Kundgebung am 1. Mai.
- Dr. M. Epstein,** München. Der Arbeiterschutz mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene. Heft 10 der im Verlage der Vorwärtsbuchhandlung, Berlin SW. erscheinenden „Arbeitergesundheits-Bibliothek“, herausgegeben von Dr. Jaded. Preis 20 Pf.
- Paul Hirsch.** Unter dem elendesten aller Wahlssysteme, Materialien zur Beurteilung der politischen Rechtfertigung der Arbeiterklasse in Preußen. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. Preis 1,50 Mk.
- Kurt Eisner.** Wilhelm Liebknecht, sein Leben und Wirken. Zweite Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. Preis 1,50 Mk., eine billigere Ausgabe 60 Pf.
- Bruno Schmitt.** Rotleidende Agrarier. Verlag Birk & Co., München, Preis 40 Pf.
- N. N. af Urfin.** Uebersetzung des kommunistischen Manifests ins Finnische. (Abo 1906.)

Amtliche Publikationen.

- Berlin.** Landesversicherungsanstalt, Bekanntmachung vom 2. April betreffend die Durchführung der Invalidenversicherung.
- Baden.** Jahresbericht der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905. Verlag Ferd. Thiergarten, Karlsruhe.
- Deutsches Reich.** Protokolle über die Verhandlungen des Beirats für Arbeiterstatistik vom 5. März 1906. Carl Heymanns Verlag, Berlin.
- New York.** Department of Labor, Bulletin März 1906.

Zeitschriftenschau.

Die Neue Gesellschaft. Die Hefte 12—19 enthalten u. a. Artikel von Hue: „Als das Centrum noch nicht Agerierungspartei war...“; Scheidemann: „Ein Vorschlag“; Deinhardt: „Die hieritale Gewerkschafts-gesfahr“; Lily Braun: „Bürgerliche Sozialreformer und ihre Schleppenträger“; A. Thomas: „Die Altersversorgung für Arbeiter in Frankreich“; Leim-peters: „Ist eine Verschmelzung der Bergarbeiter-verbände möglich?“; Albert Thomas: „Cour-rières“; Beale: „Der Triumph der englischen Ge-werkschaften“; Robert Schmidt: „Der internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung“; Th. Leipart: „Machtproben des Unternehmertums“. Preis für jedes Einzelheft 10 Pf., pro Quartal 1,20 Mk. Verlag der „Neuen Gesellschaft“.